Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280. Montag, den 30. November 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die neuen Steuerprojekte.

VII.

6. Die Elektrizitäts- und Gassteuer.

Warum will Herr Sydow ausgerechnet Elektrizität und Gas besteuern? Er erklärt es in seiner „Begründung" damit, daß die Elektrotechnik ein Erwerbszweig ist, bei dem „seit einer Reihe von Jahren ein Zustand des lebhaftesten Fortschritts und Aufschwungs herrscht", deshalb würde bei einer Steuer, die diesen Erwerbszweig trifft, „ein Anwachsen des Steueraufkommens von Jahr zu Jahr" eintreten. Das ist wieder so eine Sydowsche „Genialität". Man suche Erwerbszweige heraus, die im Aufschwung sind und belege sie mit Steuern, dann wird das „Steueraufkommen" so hübsch anwachsen, daß schließlich alle Finanznöte behoben sind. Logisch wäre der umgekehrte Schluß: weil die Elektrotechnik in schnellem Tempo sich entwickelt, soll man sich hüten, diese Entwickelung durch die plumpe Störung einer Besteuerung zu gefährden. Daß aber eine Gefährdung droht, wird dann ein paar Seiten weiter frank und frei eingestanden; „Soll nun eine Störung der bisherigen erfreulichen Entwicklung der deutschen Elektrotechnik vermieden und namentlich eine einseitige Belastung dieses Industriezweigs ausgeschlossen werden, so erscheint es geboten, die Besteuerung auch auf denjenigen Energieträger auszudehnen, der mit dem elektrischen Strome in dauerndem Wettkampf steht, nämlich auf das Gas." Die Logik ist wunderbar: dem Hinz wird eine Last aufgebürdet, damit er aber nicht zu sehr schreit, wird dem Kunz auch etwas aufgepackt! — Aber nachdem auf die Entwicklung der Elektrotechnik und der Gasindustrie hingewiesen ist, auf die hohen Gewinne, die in diesen Erwerbszweigen erzielt werden, kommt wieder eine ganz unerwartete Kapriole: nicht die Industrie soll die Steuer tragen, sondern die Verbraucher!

Die Steuer soll betragen: für eine Kilowattstunde elektrischer Arbeit oder ein Kubikmeter Gas 0,4 Pfg. Wird nachgewiesen, daß bei der elektrischen Kraft oder dem Gas, soweit sie für den eigenen Bedarf des Erzeugers hergestellt werden, dieser Steuersatz mehr als 5 Proz. der Herstellungskosten betragen, so soll die Steuer auf 5 Proz. der Herstellungskosten herabgemindert werden. — Außerdem sollen „Beleuchtungsmittel" extra besteuert werden: Glühlampen 5—50 Pfg. das Stück (je nach dem Kraftverbrauch), Brennstoffe zu elektrischen Bogenlampen 1 Mk. für das Kilogramm, Glühkörper für Gas- und ähnliche Glühlichtlampen 10 Pfg. das Stück.

Besteuert wird also die Energieerzeugung, soweit dabei Elektrizität oder Gas in Betracht kommen, außerdem das Licht.

Wenn die technisch vollkommenste Energieerzeugung besteuert werden soll, während die technisch rückständige steuerfrei bleibt, so liegt darin jedenfalls eine bornierte Feindschaft gegen den Fortschritt. Wenn von zwei Fabrikanten der eine seine Maschine von Elektromotoren antreiben läßt, während der zweite sich der alten Form der Übertragung der Kraft vom Dampfmotor auf die Maschinen durch Transmission bedient, so wird der erste fortan eine Steuer von 5 Prozent der Herstellungskosten zu bezahlen haben, der andere nicht. Daß das eine Ungeheuerlichkeit ist, ist klar. Der Antrieb durch elektrische Motore bietet nicht nur rein technisch große Vorteile, sondern er ist auch von nicht hoch genug zu schätzendem Vorteil für die Hygiene der Arbeit. Es wird dadurch 1. die Gefahr vermindert (eine große Anzahl von Unglücksfällen wird durch die Transmissionen herbeigeführt); 2. das nervenzerrüttende Geräusch der Maschinen vermindert; 3. die Staubbildung eingeschränkt. Es ist somit die Verbreitung der elektrischen Motore im Interesse der Fabrikarbeiter gelegen und die Steuer wirkt gemeinschädlich, indem sie die Verbreitung erschwert. Ferner kommt hinzu, daß die Elektrotechnik berufen ist, der Menschheit jene gewaltigen Energiemengen dienstbar zu machen, die bisher ungenützt blieben, die Wasserkräfte. Welche bornierte Krähwinkelei gehört dazu, geradezu dieser Technik künstliche Hindernisse in Form einer Steuer in den Weg zu legen!

Nun behauptet allerdings Herr Sydow, die Steuer werde den Fortschritt nicht aufhalten, da der Steuersatz sehr gering sei. Indessen kann eine Steuer, die bis 5 Proz. der Erzeugungskosten der Betriebskraft geht, sicherlich nicht als gering betrachtet werden. Zweifellos ist in tausenden Fällen die Ersparnis, die durch Einführung elektrischer Motoren statt der bisherigen Dampfmotoren entsteht, nicht größer, als 5 Prozent. Wenn die Steuer eingeführt wird, unterbleibt eben in solchen Fällen die Änderung. Am empfindlichsten werden nun die Gas- und Elektrizitätswerke getroffen, die Gas und elektrische Energie nicht für den eignen Verbrauch, sondern zur Abgabe an andre erzeugen. Bei diesen Werken soll nämlich der Steuersatz von 0,4 Pf. gelten ohne Rücksicht auf die Erzeugungskosten. Die letzteren schwanken sehr stark, je nachdem Wasserkraft zur Verfügung steht oder Dampfmaschinen benützt werden, je nachdem die Anlage groß oder klein ist, schließlich je nach den Preisen der Kohlen. Es gibt Werke, bei denen die Kosten der Stromerzeugung bis auf 4 Pfg. herabgehen, und da beträgt die Steuer von 0,4 Pfg. 10 Prozent. Auch für die Gaswerke, bei denen die Herstellungskosten für einen Kubikmeter Gas vielfach den Betrag von 5—6 Pfg. betragen, fällt die Steuer schwer ins Gewicht. Der Preis, zu dem elektrischer Strom und Gas abgegeben werden, ist nun freilich bei weitem höher, als die Herstellungskosten, weil die Kosten der Leitung hinzukommen: das Kapital, das in den Gasröhren und Kabeln angelegt ist, muß verzinst und amortisiert werden. Es wäre aber durchaus verkehrt, die Steuer auf die Bezugspreise und nicht auf die Herstellungskosten beziehen zu wollen.

Nun leistet sich Herr Sydow in der „Begründung" folgenden Satz; „Wenn das kleine und mittlere Gewerbe für die Kilowattstunde Kraftstrom in Bremen 24, in München 15—20, in Berlin 16, in den Berliner Vororten zum Teil 10 Pfg. zahlt, und das Kubikmeter Heizgas an einzelnen Orten 16, an andern 8 Pfg. kostet, ohne daß sich diese Verschiedenheit störend bemerkbar macht, so wird ein Aufschlag von 0,4 Pfg. nicht verderblich wirken können." Wirklich? Macht sich diese Verschiedenheit nicht bemerkbar? Wenn in Berliner Vororten der Strom zu 10 Pfg., in Bremen zu 24 Pfg. abgegeben wird, so spielen da zwei Faktoren eine Rolle: erstens die Kohlenpreise, zweitens der Gesamtverbrauch. Nur weil die Elektrizitätswerke in den Berliner Vororten zahlreiche Abnehmer für Kraftstrom haben, sind sie in der Lage, so billige Preise berechnen zu können. Und nun kommt die Wechselwirkung: je billiger der Preis, desto größer der Verbrauch, je größer der Verbrauch, desto billiger kann der Preis angesetzt werden. Da eben die Anlagekosten für das Werk und die Kabelleitung gleich bleiben, ob viel oder weniger Strom geliefert wird, kann bei großem Verbrauch der Preis herabgesetzt werden. Fortwährende Ausdehnung des Absatzes ist die Bedingung für die Entwickelung der Elektrizitätswerke. Jede Verteuerung durch die Steuer ist daher eine Schädigung, die weit über die prozentuale Verteuerung hinausgeht. Die geplante Steuer auf „Beleuchtungsmittel" ist geradezu ungeheuerlich. Der Preis für Glühlichtstrümpfe schwankt zwischen 20 und 50 Pfg. pro Stück im Kleinhandel. Die Steuer von 10 Pfg. würde also die Ware um 20 bis 50 Prozent verteuern, und ähnlich ist das Verhältnis bei den elektrischen Lampen. — Dazu kommt auch hier die Art und Weise der Steuererhebung. Herr Sydow hat an den Banderolen einen Narren gefressen, wie es scheint, und deshalb sollen auch die elektrischen Lampen und die Glühstrümpfe mit Steuerzeichen bepappt werden, ähnlich wie die Zigarrenkisten und die Weinflaschen. Zu diesem Zwecke müssen dann nicht nur die Fabriken, in denen diese „Beleuchtungsmittel" hergestellt werden, sondern auch die Detailgeschäfte, in denen sie verkauft werden, der Steuerkontrolle unterworfen werden, was viele endlose Plackerei bedeutet.

Die Elektrotechnik und die Gasindustrie beschäftigt heute Hunderttausende von Arbeitern. Nicht nur die Arbeiter in Elektrizitätswerken und in Gasanstalten kommen hier in Betracht, sondern auch das gewaltige Heer der Arbeiter in Fabriken, die elektrische Apparate und Maschinen herstellen, die Monteure und Installateure. Für alle diese Arbeiter ist die kraftvolle Weiterentwicklung dieser Industriezweige eine Lebensfrage. — Um so ungeheuerlicher erscheint die Leichtfertigkeit, mit der die Regierung den Vorstoß gegen diese Industrie unternimmt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Ende der Steuerdebatte.

Nach 7tägiger Dauer hat am Sonnabend die große Steuerdebatte des Reichstages ein Ende gefunden. Der letzte Tag der Diskussion brachte noch eine scharfe Abrechnung des Genossen Emmel mit dem groben Zitatenunfug des nach dem Reichskanzlerposten schielenden Rheinbaben und eine nicht üble Rede Erzbergers, die die Wandlungsfähigkeit des Freisinns scharf beleuchtete und den eitlen Phrasenhelden Müller-Meiningen der verdienten Lächerlichkeit preisgab. In einer persönlichen Bemerkung vollendete Erzberger dieses freilich angesichts des Objekts nicht schwierige Abschlachtungswerk. Die Mitschuld des Zentrums an der Finanzmisere verschweigt Herr Erzberger natürlich und wenn er das Budgetrecht in seinem jetzigen Umfange als eine genügende Verfassungsgarantie ansieht, so hat er sich, wie Genosse Emmel prompt hervorhob, selbst widerlegt, nämlich durch seinen Hinweis auf die letzte Reichstagsauflösung, die doch nur erfolgte, weil die damalige Reichstagsmehrheit im Gegensatz zu der Mamelucken-Mehrheit des Blockes das Budgetrecht des Reichstages wahrte.

Sonst bot die Debatte wenig Beachtenswertes. Herr Arendt legte seine angeborene Neigung zum Handelsgewerbe an den Tag, indem er Zentrum und Freisinn zugleich mit der betriebsamen Geriebenheit eines Viehkommissionärs für den bevorstehenden Kuhhandel zu gewinnen suchte. Daß dieser Kuhhandel mit aller Emsigkeit betrieben und speziell Herr Arendt aufgefordert und unaufgefordert seine guten Dienste überall anbieten wird, bezweifeln auch wir nicht. Die neugewählte Steuerkommission, die Blockkonferenzen und die Blockdiners werden der Schauplatz dieser Handelsgeschäfte sein.

Am Montag steht die zweite Lesung der Gewerbeordnungsnovelle auf der Tagesordnung.

Das Arbeitskammergesetz.

Dem Reichstage ist der umgearbeitete Entwurf eines Arbeitskammergesetzes zugegangen. Das Gesetz bestimmt in seinem § 1, daß für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbezweiges oder mehrerer verwandter Gewerbezweige auf fachlicher Grundlage, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwickelung ein Bedürfnis besteht, Arbeitskammern zu errichten sind. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig. Sie sollen nach § 2 den wirtschaftlichen Frieden pflegen und die gemeinsamen Interessen wahrnehmen. Die Arbeitskammern können nach § 3 u. a. Veranstaltungen und Maßnahmen anregen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben. Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, dürfen von der Arbeitskammer nicht erörtert werden. Die Arbeitskammern können als Einigungsamt angerufen werden, wenn solche Verhandlungen vor dem Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind oder wenn im Bezirke ein Gewerbegericht nicht besteht. Als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes gelten nach § 7 auch die Heimarbeiter und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen. Als Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes gelten auch die Handwerker, wenn sie zu gewissen Zeiten des Jahres wenigstens einen Arbeitnehmer beschäftigen. Ausgeschlossen bleiben landwirtschaftliche Betriebe, Handelsgeschäfte und Apotheken. Mehrere Bundesstaaten können sich nach § 8 zur Errichtung gemeinsamer Arbeitskammern vereinigen. § 9 bestimmt, daß jede Arbeitskammer einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter haben muß, die weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein dürfen. Die Mitglieder der Arbeitskammern müssen nach § 10 zur Hälfte aus Arbeitgebern, zur Hälfte aus Arbeitnehmern bestehen. Jede Gruppe wählt ihre Vertreter selbst.

Die Mitglieder erhalten für Teilnahme an den Sitzungen Entschädigung für Zeitversäumnis und Ersatz der Reisekosten.

Wahlberechtigt sind nach § 11 Deutsche beiderlei Geschlechts, wenn sie das 25. Lebensjahr vollendet haben, im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind und dem betreffenden Gewerbezweig angehören.

Wählbar sind nach § 13 diejenigen Wahlberechtigten — also auch Frauen — welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, seit einem Jahre in dem Gewerbezweig tätig sind und seit einem Jahre weder für sich noch für ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen haben.

Die Wahl ist direkt und geheim. Sie findet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Die Mitglieder der Arbeitskammern und ihre Ersatzmänner werden auf sechs Jahre gewählt.

Die Kosten für Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern sind von den Gemeinden zu tragen, in welchen sich Betriebswerkstätten der in der Kammer vertretenen Gewerbezweige befinden, oder Arbeitnehmer dieser Gewerbezweige ihren Wohnsitz haben. Die Kosten werden je zur Hälfte auf die beteiligten Betriebswerkstätten und auf die beteiligten Arbeitnehmer rechnerisch verteilt und hierauf die Beträge ermittelt, die auf die einzelnen Betriebswerkstätten und Arbeitnehmer entfallen. Die auf die Arbeitnehmer entfallenden Beiträge sind nach der Kopfzahl zu verteilen. Die erstmalig erwachsenden Kosten sind aus der Staatskasse vorzuschießen.

Die Sitzungen der Arbeitskammern und ihrer Abteilungen sind öffentlich. Die Aufsichtsbehörde kann zu den Sitzungen einen Vertreter entsenden, der auf sein Verlangen jederzeit gehört werden muß. Die Arbeitskammern unterliegen der Aufsicht der für ihren Bezirk zuständigen höheren Verwaltungsbehörde. Auf Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

Eine Antwort an Wilhelm II.

Eine wichtige politische Nachricht kommt aus Washington. Von dortiger amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß zwischen Japan und Amerika ein Abkommen über die Politik beider Länder im Pazifischen Ozean getroffen worden ist. Dieses Abkommen bindet jede der beiden Mächte, den Besitzstand der anderen zu achten und die Integrität Chinas zu verteidigen. Es gewährt allen Nationen dort dieselben Vorteile für Handel und Gewerbe. Ferner werden dem Abkommen gemäß Japan und Amerika für den Fall, daß Verwickelungen den Status quo bedrohen sollten, darüber in Verhandlungen eintreten, was gemeinsam zu tun sei.

Man geht nicht in der Annahme fehl, den raschen Abschluß dieses Abkommens als eine unmittelbare Folge des im Londoner „Daily Telegraph" veröffentlichten Interviews des Deutschen Kaisers anzusehen. Wilhelm II. hatte unter anderem darin ausgeführt, daß Deutschland auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Stillen Ozean eine starke Flotte haben müsse. Diese Äußerung hatte sowohl in Japan als auch in den Vereinigten Staaten große Erregung hervorgerufen; allgemein wurde der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß Deutschland besondere Pläne bezüglich einer Aktion im Stillen Ozean hege.

Bei den Differenzen verschiedener Art, wie sie in der letzten Zeit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten namentlich in der Frage der japanischen Einwanderung in das Gebiet der Vereinigten Staaten schwebte, hätte sich der Abschluß des Abkommens sicher noch um Jahre hinausgezögert; unter dem Druck der öffentlichen Meinung beider Länder haben sich aber beide Regierungen wohl oder übel zu dem sofortigem Abschlusse des Abkommens verstehen müssen.

Obwohl das Abkommen natürlich keine besondere Spitze gegen Deutschland enthält, so bringt es selbstverständlich der deutschen Politik keine besonderen Vorteile. Im Gegenteil ist vielmehr zu befürchten, daß durch einen engeren Anschluß Japans an die Vereinigten Staaten die deutschen Handelsinteressen in Ostasien, die keineswegs gering sind, eine immer größer werdende Beeinträchtigung erfahren müssen.

Wir haben das persönliche Regiment teuer zu bezahlen!

Ersparnisse im Heeres-Etat.

Der „Lokal-Anzeiger" kann mitteilen, daß der Etat der Heeresverwaltung um 21 Millionen geringer ist als im vorigen Jahre. Nachdem auf den ordentlichen Etat von diesen Ersparnissen aber bloß 6 Millionen Mark entfallen, so will diese Art der Sparkunst nicht viel besagen.

Ein abgelehntes Vertrauensvotum.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung bewilligte in ihrer letzten Sitzung 10 000 Mark für die Hinterbliebenen der in Radbod verunglückten Bergarbeiter. Der Stadtverordnetenvorsteher wollte die Gelegenheit benutzen, dem preußischen Handelsminister Delbrück ein Vertrauensvotum auszustellen; die Absicht scheiterte aber an dem entschiedenen Einspruch des Genossen Singer, dem sich der Freisinnige Goldschmidt anschloß. Beide erklärten, in bezug auf Arbeiterschutz kein Vertrauen zur preußischen Regierung haben zu können.

Eine Präsidentenkrisis im Reichstag

stellt die konservative „Kreuzzeitung" in Aussicht. Das Blatt weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie die Absicht habe, am kommenden Mittwoch bei Beratung der Verfassungsanträge ohne Zweifel weitere Kritik an der Person des Kaisers zu üben. Das könne der Präsident nach einem Übereinkommen mit den Blockparteien nicht zugeben, vielmehr müsse die Person des Kaisers ausscheiden. — Beharren die Sozialdemokraten dennoch auf ihrer Absicht, so müßte ein zweimaliger Ordnungsruf erfolgen und beim dritten Ordnungsruf die Entscheidung des Hauses darüber herbeigeführt werden, ob der Redner seine Ausführungen fortsetzen dürfe. Sollten dann die Freisinnigen gegen den Präsidenten votieren, dann stehe zu erwarten, daß der Präsident sein Amt niederlege.

Freisinniger Pöbel.

Der „Reichsbote", ein christlich-soziales Blockorgan, beurteilt die freisinnige Steueroppposition dahin, daß er sagt: „Hoffentlich kommen die Freisinnigen in der Kommission zu besserer Einsicht, nachdem sie in ihren Reden dem freisinnigen Pöbel ein Opfer gebracht haben."

Ein dummer Schwindel

macht gegenwärtig durch die auf dem Niveau des Reichslügenverbandes stehende Ordnungspresse die Runde. So schrieb z. B. die „Tägliche Rundschau" am Mittwoch:

> Die gemütlichen „Genossen" in Schwaben. Die sozialdemokratische „Schwäb. Tagwacht" ereifert sich in den stärksten Ausdrücken über einen „Skandal", der in der Stuttgarter Kommunalvertretung vorgekommen sein soll. Dieser Skandal besteht darin, daß für das 100jährige Jubiläum des 7. württembergischen Inf.-Regts. Nr. 125 von den bürgerlichen Kollegien 6000 Mk. bewilligt sind. Nun geht aus dem offiziellen Sitzungsbericht hervor, daß diese 6000 Mk. garnicht etwa dazu dienen sollen, den Offizieren und Mannschaften des Regiments einen lustigen Tag zu verschaffen, sondern daß sie für die Begrüßung und Bewirtung der alten Kameraden des Regiments bestimmt sind. Aber abgesehen davon: die „Genossen" in Heilbronn, wo neulich ebenfalls ein militärisches Erinnerungsfest gefeiert wurde, haben genau dasselbe getan, was die „Schwäb. Tagwacht" jetzt den bürgerlichen Kommunalvertretern in Stuttgart zum Vorwurf gemacht hat. Ja, sie gingen sogar noch weiter. Sie stimmten nämlich einmütig dem Beschluß zu, den König einzuladen, ferner die Stadt auszuschmücken und an Mannschaften und Offiziere Geschenke der Stadt zu verabreichen!

An der pikanten Geschichte aus Heilbronn ist kein Wort wahr. Unser dortiges Parteiorgan, das „Neckar-Echo", stellt fest, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu Heilbronn vor zwei Jahren beim Jubiläum der 122er gegen die Einladung an den König und die Verabreichung städtischer Geschenke an Offiziere und Mannschaften gestimmt haben. Diesen Standpunkt haben sie auch im letzten Frühjahr bei der Garnisonfeier beibehalten, wie dies für Sozialdemokraten selbstverständlich ist.

Die „Tägliche Rundschau" und Konsorten werden also berichtigen müssen — oder auch nicht. Auf eine Verleumdung mehr oder weniger kommt's ja schließlich nicht an.

Gegen die geplante Reklamesteuer

hat sich aus namhaften Firmen aller Branchen ein Ausschuß gebildet, der das gegen eine solche Steuer sprechende Material zusammenstellen und zu einer Denkschrift verarbeiten will. — Es liegt im eigensten Interesse der Geschäftswelt, daß sie sich mit aller Energie gegen die Einführung der Inseraten und Plakatsteuer wendet. Der Unterstützung der Sozialdemokratie ist sie sicher!

Gegen die Lichtsteuer

wendet sich in einer Eingabe an den Reichstag der 22 000 Mitglieder zählende Verein deutscher Ingenieure.

Das persönliche Regiment und der Patriotenzylinder.

Aus akademischen Kreisen wird der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" geschrieben:

> Die durch die Presse gegangene Mitteilung von einem Erlaß über das Hurrarufen auf den Schiffen unserer Kriegsmarine hat mehrfach Kopfschütteln erregt. Mir kam sie weder überraschend, noch schien sie mir unglaublich. Gleich, als ich zuerst davon hörte, erinnerte ich mich nämlich einer Instruktion, die den zur Begrüßung des Kaisers bei seiner letzten Anwesenheit im Jahre 1907 hier in Münster erschienenen Studierenden unsrer Universität zuteil geworden war. Die Studierenden, die sich ebenso wie die Professoren in der Universität versammelten, wurden darauf aufmerksam gemacht, daß der Kaiser besonderen Wert auf die Form der Begrüßung lege. Sobald Seine Majestät auf dem Domplatz eingebogen sei und die Professorenschaft sich erhoben habe, soll ein dreifaches „Hurra" ausgebracht und bei jedem Hurra der Hut senkrecht in Höhe gehoben werden. „Hoch"rufen und Hüteschwenken sei verpönt. Seine Majestät sei nicht gern Zeuge der dabei unvermeidlichen Kollisionen der Zylinder, die natürlich auch den Besitzern der Hüte nicht erfreulich sein könnten.
>
> Ob die Professoren und Studenten vorher das taktmäßige Hurrarufen üben mußten unter senkrechtem Hochheben des Armes, wird leider nicht gemeldet. Ein köstliches Volk, diese wohldressierten Pudel!

Die Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Der 26. November hat den Erwartungen nicht entsprochen, die man sowohl von unserer als auch von gegnerischer Seite auf ihn setzte. Während die zusammengeschlossenen Bürgerlichen in den letzten Tagen noch alles aufboten, die Sozialdemokratie im Landtag einflußlos zu machen, glaubten unsere Genossen, durch Gewinnung des einen oder anderen Mandats die Hälfte aller Mandate zu erobern. Beide Erwartungen sind getäuscht worden. Unsere Partei verlor zwei Mandate, das in Königsee-Land und Schlotheim, das letztere mit 14 Stimmen Unterschied, gewann aber dafür die zweite Hälfte der Residenz, Rudolstadt-West, sodaß wir im neuen Landtag noch 6 Sitze inne haben und ohne unsere Zustimmung keine Verfassungsänderung vorgenommen werden kann. Eine nicht ganz aussichtslose Stichwahl ist im Wahlkreise Stadtilm zwischen einem Genossen und einem Agrarier auszufechten, sodaß die Möglichkeit, unsere Mandate wie im verflossenen Landtag wieder auf sieben zu bringen, immer noch gegeben ist.

Die Wahlbeteiligung war diesmal etwas geringer als 1906, wo es sich um die Apanage des Fürsten handelte. Damals wurden 6586 sozialdemokratische, 6509 bürgerliche, diesmal zirka 6300 sozialdemokratische und 6200 bürgerliche Stimmen abgegeben. Alle Parteien haben also eine geringe Abnahme der Stimmen zu verzeichnen. Soviel hat aber auch die Wahl am 26. November gezeigt: Hätten die Bürgerlichen nicht das Privilegium, 4 Höchstbesteuerte in den Landtag zu senden, dann wäre es mit ihrer Majorität vorbei. In der allgemeinen Wählerklasse wurden 6 Sozialdemokraten und nur 5 Bürgerliche gewählt.

Österreich-Ungarn.

Zu Pöbelexzessen ist es am Sonnabend wieder in Prag zwischen tschechischen und deutschen Studenten gekommen. Die ersteren schlugen 10 deutsche Studenten ohne jeden Anlaß blutig. Die Gendarmerie mußte schließlich einschreiten.

Rußland.

Über internationale Politik darf nicht geredet werden! Vor Schluß der Sonnabend-Sitzung der Reichsduma brachten die Sozialdemokraten eine Interpellation ein, in der der Kriegsminister aufgefordert wird, sich über die Tätigkeit des Obersten Ljachow in Persien zu äußern, und beantragten Dringlichkeit der Interpellation. Protowski (Soz.) begründete die Interpellation und wies darauf hin, daß die Handlungen Ljachows Persien gegen die russischen Bürger feindlich stimmten und daher den internationalen Beziehungen Rußlands Gefahr drohe. Der Redner, der mehrere Male vom Präsidenten unterbrochen und daran erinnert wurde, daß die internationale Politik außerhalb der Kompetenz der Reichsduma liege, nannte unter anderem Ljachow einen Pseudooberſten, was auf den Bänken der Rechten andauernden Lärm hervorrief. Der Präsident forderte den Redner auf, sein Wort zurückzunehmen, was dieser auch tat, aber erklärte, er habe sagen wollen, Ljachow sei ein Pseudodiplomat. Während der Rede Prokowskis herrschte im Hause ununterbrochen Lärm. Markow (äußerste Rechte) erklärte, wenn nicht in den Abgeordneten der russischen Duma das Herz von Juden oder Persern schlage, sei die Annahme einer derartigen Interpellation schmachvoll für einen treuen Diener des russischen Kaisers. Die Duma lehnte die Dringlichkeit ab und überwies die Interpellation nach der Geschäftsordnung der Kommission.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 30. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grützmühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zahlstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackenburger Allee Nr. 51, Jabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—23, Grützmühle in der Hafenstraße, Stelbau Markt, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Stelbauarbeiten in der Marlistraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grützmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird am **Dienstag, Mittwoch** und **Donnerstag** dieser Woche, abends von 8 Uhr an, zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinshaus anwesend sein.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag den 7. Dezember 1908 im Bürgerschaftssaale des Rathauses statt.

Material für Professor Baethcke. Professor Baethcke hielt es für nötig, in der letzten Bürgerschaftssitzung vom „sozialdemokratischen Terrorismus" zu reden, wahrscheinlich, weil er nicht wußte, daß Terrorismus und Zwang gerade in den Kreisen üblich ist, denen er angehört. Wir sind nun gern bereit, den Herrn Professor mit den neuesten Vorgängen, die ihm als Material dienen können, vertraut zu machen und drucken deshalb folgende Notiz der „Kieler Zeitung" ab:

> Das Wahlrecht der Postbeamten. Aus Anlaß des Ausfalles der Stadtverordnetenwahl werden jetzt sämtliche Postbeamten im Auftrage der Oberpostdirektion darüber vernommen, ob sie ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Von vielen Beamten, und zwar sowohl von solchen, die gewählt haben, wie von anderen, die nicht gewählt haben, ist die Auskunft darüber verweigert worden.

Wir zweifeln nicht daran, daß Professor Baethcke die nächstbeste Gelegenheit benutzen wird, um dieses Material in der Bürgerschaft zu verwenden.

Der Verkauf von Tannenbäumen zum Weihnachtsfeste findet vom Donnerstag, den 17. bis Donnerstag, den 24. Dez. ds. Js. auf der Parade statt. Anträge auf Platzanweisung für die Verkaufsstände sind vom 1. bis 15. Dez. cr. in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags im Polizeibureau zu stellen.

Handelsregister. Am 27. November 1908 ist unter Nr. 88 die Aktiengesellschaft in Firma: Schiffswerft von Henry Koch Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Lübeck eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. November 1908 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Betrieb der Schiffswerft von Henry Koch in Lübeck, sowie der Erwerb, die Errichtung und der Betrieb aller Anlagen, Unternehmungen und Handelsgeschäfte, welche mit dem Betriebe einer Schiffswerft in Beziehung stehen oder an diese angegliedert werden können. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 1 000 000 Mk., eingeteilt in 1000 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mk. Die Ausgabe von neuen Aktien zu einem den Nennwert übersteigenden Betrage ist gestattet. Die Aktien werden zum Kurse von 101 und mit der Verpflichtung der Aktionäre zur Zahlung von 2 Prozent Aktienstempel ausgegeben. Die Firma Luckmann u. Soltau bringt in die Aktiengesellschaft alle ihre Rechte und Ansprüche aus den zwischen ihr und der offenen Handelsgesellschaft Schiffswerft von Henry Koch unter dem 28. März 1908 und dem 1. Mai 1908 abgeschlossenen Kaufverträgen über den Ankauf der Schiffswerft von Henry Koch ein und zwar mit der Maßgabe, daß sofort nach der Eintragung der Schiffswerft von Henry Koch Aktiengesellschaft in das Firmenregister dieser das Werftgrundstück aufgelassen und das Handelsgeschäft der Firma Schiffswerft von Henry Koch nach dem Stande dieses Geschäfts am 1. Oktober 1908 übergeben wird. Als Entgelt für diese Einbringung erhält die Firma Luckmann u. Soltau von der Aktiengesellschaft 774 Aktien derselben zum Ausgabekurse und 715,28 Mk. in bar. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrate bestellt. Die Gesellschaft wird vertreten: 1) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese oder zwei Prokuristen; 2) wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, entweder durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger und durch das Lübecker Amtsblatt. Die Generalversammlungen finden in Lübeck statt. Sie werden seitens des Vorstandes oder des Aufsichtsrates durch öffentliche Bekanntmachungen berufen. Die Einladung wird mit Angabe der Tagesordnung in den Gesellschaftsblättern mit einer Frist von mindestens zwei Wochen veröffentlicht. Die Gründer der Gesellschaft sind: 1. Die offene Handelsgesellschaft Luckmann u. Soltau. 2. H. W. M. Luckmann. 3. E. G. Stolz. 4. F. J. Koch. 5. W. J. Koch, sämtlich zu Lübeck. Diese fünf Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Den Vorstand der Gesellschaft bilden: 1. E. Stolz zu Lübeck. 2. F. Koch zu Lübeck. Mitglieder des Aufsichtsrates sind: 1. Handelskammerpräses K. Dimpker zu Lübeck. 2. Rechtsanwalt Dr. H. Görtz zu Lübeck. 3. Bankdirektor R. Janus zu Lübeck. 4. Kaufmann J. Soltau zu Lübeck. 5. Senator A. Zelse zu Altona. Von den bei der Anmeldung eingereichten Schriftstücken, insbesondere dem Prüfungsberichte des Vorstandes und Aufsichtsrates sowie dem Prüfungsberichte der Revisoren, kann bei dem unterzeichneten Gerichte Einsicht genommen werden. Der Prüfungsbericht der Revisoren kann auch bei der Handelskammer hierselbst eingesehen werden.

Anträge auf Anweisung von Verkaufsständen auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkte sind an den Werktagen vom 1. bis 15. Dezember cr. in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags im Polizeibureau zu stellen.

pb. **Einbruch.** In der Nacht vom 25. zum 26. d. Mts. wurden in Pansdorf mittels Einbruchs gestohlen: Ein dunkler, karierter Winterüberzieher mit braunem, buntkariertem Futter und einem mit gelber Seide gesticktem Monogramm „W. O.", ein grauer Herren-Jackettanzug, ein Paar rindlederne Halbstiefel von 29 Zentimeter Länge und auffallend weitem Fuß und Zeugstrippen, ein Paar Herren-Zugstiefel, die aus einem Stück gearbeitet sind und eine Länge 29½ Zentimeter haben, eine grüne Schuhmacherschürze, eine silberne Herren-Remontoiruhr, in deren Zifferblatt zwei kleine Stücke fehlen und eine braune Herren-Uhrkette mit goldenem Schieber, der Herz, Kreuz und Anker darstellt.

pb. **Diebstahl.** Am Sonntag den 29. ds. Mts. wurde im Tanzlokale vom Muuß in Israelsdorf ein braunes Damen-Sammetjackett gestohlen.

pb. **Festgenommen** wurden zwei Arbeiter, die sich in der Nacht vom 28. zum 29. November eines Diebstahls zum Nachteil eines Heizers schuldig machten.

pb. **Gestohlene Kleidungsstücke.** Einem beim Stelbau an der Obertrave tätigen Arbeiter wurde am 27. d. Mts. ein Arbeitsjackett an seiner Arbeitsstelle gestohlen. Das Jackett ist aus braunem Stoff gearbeitet. — Am 29. d. Mts. ist im Hause Rosenstraße 19 aus einem verschlossenen Kleiderschrank ein brauner Double-Winterpaletot mit braunem Sammetkragen und schottischem Sammetfutter abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Verschwundener Kinderwagen.** Am 17. d. M. ist im Laufe des Tages von dem Flur des Hauses Königstraße 69 ein weißgestrichener Kinderwagen mit weißem Verdeck, weißem Handgriff und vernickelten Federn abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Entwendete Flurlampe.** Am Freitag den 27. d. M. ist aus dem Hause Schillerstraße 8a eine im Erdgeschoß hängende Flurlampe gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Dienstag geht C. M. von Webers romantische Oper „Der Freischütz" in Szene. — Für Mittwoch und Donnerstag findet eine Repertoir-Änderung statt und zwar kommt am Mittwoch im Voll- und Mittwochs-Abonnement bei kleinen Preisen Schillers Meisterwerk „Wilhelm Tell", vielseitigen Wünschen entsprechend, zur nochmaligen Wiederholung. Am Donnerstag abend 8 Uhr gelangt Friedrich Hebbels phantastische Komödie „Der Diamant", welche bei ihrer ersten Aufführung einen so glänzenden Erfolg zu verzeichnen hatte, zur Wiederholung. — In Vorbereitung für Freitag befindet sich die romantische Oper „Das Nachtlager in Granada" von Kreuzer.

Stadthallen-Theater. Am Donnerstag abend 7½ Uhr erscheint als erste Opern-Vorstellung in dieser Saison die komische Oper „Fra Diavolo" von Auber in derselben Besetzung wie im Neuen Stadttheater auf dem Spielplan.

Travemünde. Volksversammlung. Hier fand gestern abend eine gut besuchte Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Th. Schwartz-Lübeck referierte über: Das persönliche Regiment und die Reichsfinanzreform. In 1½stündiger wohldurchdachter Rede ließ der Vortragende die letzten Ereignisse am politischen Horizont Revue passieren und übte an den zerfahrenen Zuständen im Reiche, sowie an der geplanten Mehrbelastung des deutschen Volkes durch indirekte Steuern scharfe Kritik. Mit sichtlichem Interesse folgten die Anwesenden dem Vortrage und bekundeten ihr Einverständnis durch lebhaften Beifall. Mit dem Wunsche, das Gehörte zu beherzigen und in weitere Kreise zu tragen, schloß der Vorsitzende Genosse Weyers die Versammlung.

Schönberg. Eine „feine" Pleite machte der Pächter von Hof Menzendorf, Sellschop. Die bis jetzt angemeldeten Forderungen haben nach den letzten Feststellungen die Höhe von 400 000 Mk. bereits überstiegen. Eine auswärtige Getreidefirma ist allein mit 87 000 Mk. beteiligt. Es sind weder Juden noch Christen sozusagen in aller Herren Länder verschont geblieben, und es ist nur zu bewundern, wie man einem Domänenpächter, der nichts als Eigentum besaß, einen solchen Kredit einräumen konnte. Es ist nachgewiesen, daß S. jährlich 40 000 Mk. Schulden gemacht hat. Da noch viele Forderungen nicht angemeldet sind, so steht eine Passiva von rund einer halben Million zu erwarten. Die so schwer geschädigten Gläubiger hoffen das Gut, welches noch mehrere Jahre in Pacht ist, verwalten lassen zu dürfen.

w. **Mölln.** Zur Bürgermeisterwahl. Der hier bekanntlich stattfindende Kampf um den Bürgermeister wird mit den originellsten Waffen geführt. Von der einen Seite wird nicht gelitten, daß der frühere Bürgermeister Oetken auch nur in gelinder Weise angefaßt wird; für diese Leute ist Oetken das Blümchen „Rührmichnichtan", während von der gegnerischen Seite nicht etwa bestimmte Tatsachen gegen Oetken behauptet werden, sondern es wird in einer nicht schönen Weise allerhand Unbestimmtes in die Bevölkerung geworfen und kein Mensch weiß etwas Bestimmtes. In einem „Offenen Briefe" wenden sich zirka 200 Anhänger Oetkens mit der Bitte an die Präsentationskommission, doch ja ihren Oetken mit auf den Wahlaufsatz zu bringen, es wäre ein Schlag ins Gesicht der 340 Wähler, wenn ihrer Bitte nicht stattgegeben würde. — Wir sind keine Freunde von solchen Bitten, würden es vielmehr für richtiger gehalten haben, wenn diese Leute in einer öffentlichen Versammlung die Forderung gestellt hätten, ihren Mann mit auf den Wahlaufsatz zu bringen. Auf diesen offenen Brief wird nun von den Gegnern Oetkens mit einem Flugblatt geantwortet, in welchem beteuert wird, daß die feste Absicht bestanden, der Öffentlichkeit von den gegen Oetken unternommenen Schritten nichts mitzuteilen; die Regierung hätte sämtliche 15 Punkte der Beschwerdeschrift als nicht geeignet erachtet, gegen Oetken disziplinarisch vorzugehen; nun seien die besonders schweren Punkte der Staatsanwaltschaft überwiesen. Die Bevölkerung solle den Herren nur glauben, sie hätten nur das Beste für Mölln im Auge. — Wieder nichts von den gegen Oetken vorliegenden Sachen, nur unkontrollierbare Behauptungen. Gegen ein solche Kampfesweise müssen wir protestieren; die Möllner Wählerschaft verlangt nun endlich, nachdem ihr monatelang die ungeheuerlichsten Sachen über Oetken zugeflüstert worden sind, im Interesse der Herbeiführung einer ordnungsmäßigen Wahl, daß die Gegner den Mut haben, öffentlich zu erklären, dies oder jenes hat Oetken begangen, damit sie sich endlich ein Bild von der Handlungsweise Oetkens machen und am Wahltage im Interesse Möllns handeln könne. Wir bestreiten ganz entschieden, daß diese Heimlichtuerei im Interesse Möllns liegt, sondern müssen bald annehmen, daß dieselbe vielmehr dazu dienen soll, im trüben fischen zu können. Wenn also die Herren dieser Annahme nicht Raum geben wollen, dann „heraus mit der Sprache; was liegt gegen Oetken vor?"

Kiel. Sturm in der Nordsee. Ein orkanartiger Weststurm hat neuerdings schwere Schiffsunfälle verursacht. Von der Bark „Volta" fielen 3 Mann aus der Marsraa; der Steuermann wurde getötet und 2 Matrosen schwer verletzt. Die holländische Kuff „Vriendschap" wurde leck geschlagen und bei Skiverne auf Grund gesetzt. Die Besatzung ist gerettet. In der Kieler Bucht ist der Kohlenleichter „Una" gesunken. Bei Lenvig wurde eine Bark mit zerstörter Tagelage treibend gesichtet. Das Schiff war anscheinend von der Mannschaft verlassen. Die Rettungsboote fehlten. Der Kreuzer „Dresden" hat auf der Kieler Außenföhrde den Eckernsunder Segler „Cecilio" in den Grund gebohrt. Die Besatzung wurde gerettet. — Der von der hiesigen Firma Rud. Prey in Emden angekaufte Schleppdampfer „Konkurrenz", der auf der Fahrt von dort nach Kiel unter der Insel Langeroog Schutz suchte und am 25. November die Fahrt wieder aufnahm, ist, wie die „Kieler Neuesten Nachrichten melden, seitdem verschollen. Telegraphische Anfragen bei weiteren Schutzhäfen brachten keine Resultate. Das Schiff hatte Emdener Besatzung.

Flensburg. Ein Mißtrauensvotum. Eine von dänischgesinnten Einwohnern besuchte Versammlung in Schottburg nahm folgende Resolution an: „Wir erklären hiermit, daß wir zum Landrichter Dr. Hahn als Richter in politischen Prozessen kein Vertrauen mehr haben." Diese Resolution ist eine Folge der Art und Weise, wie Dr. Hahn als Vorsitzender des Deutschen Vereins gegen die Dänen Nordschleswigs agitiert. In einer Versammlung in Lübeck soll Dr. Hahn nach den Berichten von Zeitungen gesagt haben, er erkläre der dänischen Bevölkerung Südersütlands den Krieg bis aufs Messer. Dänische Zeitungen erinnern daran, daß es Dr. Hahn war, der dänischen Eltern das Erziehungsrecht über ihre Kinder entzog, weil diese ihre Kinder auf eine dänische Schule schickten. Es war ferner Dr. Hahn, der einer armen Arbeiterwitwe das Erziehungsrecht über ihre Kinder entzog und einem katholischen Schornsteinfeger übertrug, weil die Witwe einen ihrer Söhne in einem dänischen Geschäft in die Lehre gegeben hatte. Die Angeklagten bei politischen Prozessen haben auch vor dem Landgericht in Flensburg, wenn Dr. Hahn als Richter mitwirkte, diesen wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt. Diese Anträge wurden aber stets abgewiesen, weil Dr. Hahn auf die diesbezügliche Frage antwortete, er fühle sich nicht befangen. Unter diesen Gesichtspunkten ist das entstandene Mißtrauen zu verstehen und es bleibt abzuwarten, ob der Justizminister zu dieser Sache Stellung nehmen wird.

Neudorf. Die Gemeinderatswahl der Landgemeinde Eutin fand Freitag statt. Der Wahlkampf war ein heißer, aber trotzdem ist es der Arbeiterschaft abermals gelungen einen glänzenden Sieg zu erringen. Gewählt wurden sämtliche Vertreter der Arbeiter mit 114—118 Stimmen. Die Gegner erhielten 97—106 Stimmen.

Wilhelmsburg. Bei der Gewerbegerichtswahl in Wilhelmsburg erzielte am Freitag die Arbeiterbeisitzer-Liste des Gewerkschaftskartells einen durchschlagenden Erfolg. Sie erhielt 6750 Stimmen, während auf die gegnerischen Listen 203, 167 und 70 Stimmen entfielen. Bei der Wahl der beiden Arbeitgeberbeisitzer, die heute, Sonnabend, stattfand, wurde einer der zwei vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten, Schneidermeister Heinr. Schröder, gewählt, sowie ein Kandidat des Industriellenvereins. — Auf dem Güterbahnhofe ereignete sich ein Unfall mit tödlichem Ausgange. Der Bahnarbeiter Schröder wurde von einem vom Ranglerberge heransausenden Güterwagen erfaßt und überfahren, als er einem auf dem Nebengleis einfahrenden Zuge ausweichen wollte. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe und mehrere Kinder.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Schwerin. Die Liberalen beim Großherzog. Die Mecklenburger Liberalen, eine Gesellschaft, die an Arbeiterfeindlichkeit hinter den Konservativen nicht zurücksteht, sind am Freitag zu Hofe gegangen, um mit dem Großherzog untertänigst über die Verfassung zu reden. Dr. Witte hatte die Rolle des Posa übernommen. Er trug vor, daß das Versprechen des Großherzogs, dem Lande eine zeitgemäße Verfassung zu geben, weite Kreise der Bevölkerung mit größter Freude erfüllt habe. Die Regierungsvorlage, die am 12. Mai den Ständen vorgelegt sei, habe das Volk schwer enttäuscht. Dieser Entwurf bringe das nicht, was man im Lande als neue Verfassung erwartet habe. Er richtete an den Großherzog die Bitte, die aussichtslosen Verhandlungen mit den Ständen abzubrechen und aus eigener Machtvollkommenheit einen konstituierenden Landtag einzuberufen, mit welchem der Entwurf einer Verfassung auf freiheitlichen Grundlagen beraten werden könne. Die Antwort des Großherzogs war von einer Offenheit, der wir ohne Einschränkung unsre Anerkennung zollen müssen. Keine Redensarten wie etwa im Walzertraum: „Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut", sondern klipp und klar wurde von dem Großherzog ausgesprochen, was ist. Der Großherzog ist kein liberaler Phantast, er will nicht Akteur in einer liberalen Posse sein, er lehnte es mit Recht ab, den Liberalen Stoff zu bieten zu der Komödie, die sie in ihren Versammlungen aufführen. In erfreulichem Maße erteilte er den vieren eine ungeschwinkte Lektion. Schon in der äußeren Form zerstörte der Großherzog alle liberale Ideologie. Er hatte sich nämlich seine Antwort auf die von den liberalen „Hofgängern" erwarteten Bitten schon vorher aufgesetzt und sie schriftlich mitgebracht. Der Großherzog verlas die schriftliche Erklärung, in welcher er sagt,

> daß er mit Befremden gehört habe, daß er mit der Vorlage vom 12. Mai sein Versprechen nicht erfüllt haben solle. Er habe dem Volke nicht eine bestimmte Verfassung versprochen, sondern nur eine Reform der gegenwärtigen Landesverfassung. Er könne bei der Reform der Landesverfassung nicht dem Wunsche einer Partei folgen, sondern müsse sich nach den bestehenden Machtverhältnissen des Landes und dessen wirtschaftlichen Interessen richten. Er halte darum an der Vorlage seines Ministeriums fest.

Was der Großherzog hier sagt, ist keine Verschleierung der Dinge. Klipp und klar sagt er, daß die politischen Machtverhältnisse im Mecklenburger Lande es sind, die das Maß der politischen Freiheit, des Staatsbürgerrechts bestimmen. Und ohne Verdunkelung wird bedeutet, daß er sich nach diesen Machtverhältnissen richten müsse. Damit bestätigte der Großherzog alles, was wir Sozialdemokraten so oft in Wort und Schrift gesagt haben — die wir übrigens gerade wegen unserer materialistischen Geschichtsauffassung dem Landesfürsten objektiver als jede andere Partei gegenüberstehen können. Wer dem Volke politische Rechte verschaffen will, der muß den politischen Kampf führen. Auf unsere Verhältnisse angewandt: der muß das mecklenburgische Volk politisch organisieren zur Niederzwingung des Junkertums bei der politischen Aktion, wie es die Reichstagswahl ist. Es stände schon heute anders in Mecklenburg, wenn das Bürgertum nicht von einer so schmählichen Feigheit durchtränkt wäre, wenn es den Mut gefunden hätte, seine Überlegenheit über das Junkertum im politischen Kampfe geltend zu machen, statt den Junkern Zutreiberdienste zu leisten bei den Wahlen. Wir glauben nicht daran, daß die Liberalen die Wahrheit, die der Großherzog hat aussprechen müssen, innerlich verarbeiten und die Konsequenzen daraus ziehen werden; dazu ist der Liberalismus zu servil. Uns Sozialdemokraten aber ist die großherzogliche Erklärung, wie schon ausgeführt, keine Mitteilung über bisher unbekanntes Gebiet, oder von uns nicht beachteter Größen. Wir wußten längst, was der Großherzog gestern konstatiert hat. Wir sind also nicht überrascht. Die Junker werden es natürlich ebensowenig sein. Bleiben nur die Liberalen, die Märchenkünder und Gläubigen der politischen Spinnstubengeschichten.

Harburg. Großer Brand in Rönneburg bei Harburg. In Rönneburg wurden am Freitag abend drei Wohngebäude und eine Scheune eingeäschert. Eine bereits außerhalb ihres Wohngebäudes befindliche junge Frau, namens Essinger, glaubte ihre Mutter im Hause und kam bei dem Versuche, zwecks deren Rettung in das Haus zu dringen, in den Flammen ums Leben. — Tödlicher Unglücksfall. Beim Fensterputzen stürzte ein junges Mädchen in der Marxstraße aus beträchtlicher Höhe auf die Straße und brach das Genick. Der Tod trat sofort ein.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater erzielte am Sonnabend Hebbels phantastische Komödie „Der Diamant" einen großen Erfolg. Das Stück ist recht amüsant, die Dialogführung so geistvoll, wie man es bei Hebbel erwarten kann. Um die in allen Teilen vorzüglich gelungene Aufführung machten sich besonders die Herren Albert und Fuchs verdient. Herr Direktor Kurtscholz hat für die feinsinnige Regieführung Anspruch auf volle Anerkennung. Das Theater war — wie gewöhnlich beim Schauspiel — leer; der Beifall trotzdem stark. Wir kommen auf die Vorstellung noch zurück.

P. L.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Sonntag, 29. November.

Luise, Kapt. Niedermeyer, von Memel, 50 Std.
D. Lübeck, Kapt. Lundin, von Kopenhagen, 17. Std.
D. Finland, Kapt. Blomberg, von Abo, 65 Std.
Dorothea, Kapt. Möller, von Hadersleben, 3 T.
D. Germania, Kapt. Dellgren, von Kalmar, 33 Std.
D. Dora, Kapt. Beth, von Memel, 3 T.
D. Ludwig Kolberg, Kapt. Palsson, von Kopenhagen, 14 Std.
D. Bore, Kapt. Aström, von Nystad, 17 Std.
D. Frej, Kapt. Nylund, von Raffö, 3 T.
Freya, Kapt. Karlsson, von Neustadt, 2 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Sonntag, den 29. November.

Emilie, Kapt. Petersen, nach Skelskör.
D. Vesta, Kapt. Jensen, nach Flensburg.
Hammar, Kapt. Nilsson, nach Marstrand.
D. Livland, Kapt. Ehrtmann, nach Riga.
D. Bussard, Kapt. Nachtwey, nach Reval.
D. Hansa, Kapt. Schmalfeldt, nach Libau.
D. Annelise, Kapt. Thiel, nach Königsberg.

Schiffsbewegung.

Sonntag, den 29. November.

D. Luba ist Sonntag vormittag aus Pillau nach hier abgegangen.

D. Stadt Lübeck ist Sonntag nachmittag aus Memel nach hier abgegangen.

D. Zar ist Sonnabend nachmittag von Antwerpen nach Rotterdam abgedampft.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 28. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,35-1,40 Mk., Hasen 3,00-3,50 Mk., Enten 3,50—4 Mk., Hühner 1,60—2,00 Mk., Küken Stck. 1,60—2,00 Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. 72—75 Pf., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,30 Mk., Eier 6 Stck. 60 Pfg., Heringe 5 10 Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1.00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,20—1,40, Brachsen Pfd. 60—70 Pfg., Hechte Pfd. 60-70 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 0,90—1 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 28. November.

Weizen, 115—127 Pfd. holl. 170—194 Mk. **Roggen** 115—123 Pfd. holl. 150—165 Mk. **Gerste**, nach Qualität 160—175 Mk. **Hafer**, nach Qualität neuer 145—165 Mk., alter 170—180 Mk. per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt

28. November.

Der Schweinehandel verlief ruhig.

Zugeführt wurden 2021 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 66—67 Mk., leichte 66—66½ Mk.*, Sauen 59—65 Mk., Ferkel 60—64 Mk. pro 100 Pfund.

* Vereinzelt auch 67 Mk.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Vom Dampfer „Vesta" durch F. P. . . . . 2 Mk.

Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissionssitzungen

H. T. V.

Vorstandssitzung Dienstag abend 8½ Uhr.

Statt besonderer Meldung.
Pauline Jarchau
Ferdinand Biel
Verlobte.

Lübeck. Apenrade.
November 1908.

Allen Verwandten und Bekannten, die meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten und den Akkordarbeitern der Firma Bernhöft u. Wilde, sowie dem Herrn Pastor Schulze für seine trostreichen Worte am Grabe meinen innigsten Dank.
Moisling, den 28. November 1908.
O. Feddern.

Wir gratulieren Frau **Grube**, Hundestraße 80 9. zum Geburtstagsfest. Gesundheit wünschen wir ihr, das ist das allerbeste. Noch recht viele Jahre zu leben mag ihr der Höchste geben, alles Unglück aber wenden von ihrem Hause ab, viel Segen wollen wir ihr senden, bis sie geht ins kühle Grab.
Mehrere Bekannte.

Ein heizbares Logis

zu vermieten Cronsforder Allee 55.

Zu vermieten **freundlich möbl. Zimmer an 1 bis 2 junge Leute**
Fischergrube 81.

Zu Ostern oder früher ein
Tapezierlehrling.
Fr. Rehm, Johannisstr. 41.

Zu kaufen gesucht **ein guterhaltener Ausziehtisch und eine Akkordzither.**
Ang. mit Preisang. u. **R A** an die Exp.

Zu verkaufen ein **Haus** mit 2 freundlichen Drei-Zimmerwohnungen, Vor- u. Hintergart., Nähe des neuen Bahnhofes.
Näheres Drögestr. 20. 2. Etage.

Zu verkaufen 2 Landschaftsbilder, Petroleummaschine.
Schützenstraße 57, II.

Ein **Musikautomat** mit 16 Platten und **„Das Buch des Maschinenbauers"** billig zu verkaufen. Reiferstraße 41. I.

Eine 2schl. Bettstelle m. Sprungfdm.
zu verkaufen. Gloxinstraße 3. pt.

Ein Sportwagen billig zu verkaufen.
Große Gröpelgrube 13, III.

Ein Damen-Winterkragen

fast neu, billig zu verkaufen.
Chaisotstraße 16. I.

Zu verk. ein guterh. Kinderwagen.
Sedanstraße 24a.

Damen- und Kindergarderoben
werden gut und billig angefertigt.
Reiferstraße 26a, part.

In der Brauereiarbeiter-Protestversammlg. ist ein Überzieher jedenfalls mutwillig vert. Da der Täter erkannt ist, wird ders. aufgef., denselben Cronsforder Allee 63a abzuliefern.

Verlaufen eine graue Katze mit weißer Brust und Beinen, auf den Namen „Grete" hörend. Abzugeben gegen Belohnung Schwönekenquerstraße 12.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 13

Ia. Ziegenfleisch Pfund **30** Pfg. 50 Wahmstr. 50.

Vielfach ärztlich empfohlen!
Porter, Doppel-Malzbier, Braun-, Malz- od. Ammenbier
à Fl. 30 Pfg. Fl. 10 Pfg. Fl. 10 Pfg.
12 Fl. 3 Mk. von hervorragend schöner Qualität, Reinheit garantiert.
Keinerlei Verwendung irgendwelcher Malzsurrogate!
Flemmings Malzextrakt
hell, lieblich schmeckend, **schnellste Wirkung** bei Husten und Heiserkeit, à Glas 75 Pfg.
Bezug der Biere durch einschlägige Geschäfte, des Malzextrakts durch alle Apotheken und Drogenhandlungen und die
Brauerei Paul Flemming, Engelsgrube 62.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München ✿ ✿ Zeitschrift für Humor und Kunst ✿ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ✿

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Bibliothek des praktischen Wissens.

Nr. 1. **Die Kunst der Rede,** Mk. 1.
Nr. 2. **Das Ehe- und Familienrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 3. **Das Vormundschaftsrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 4. **Das Erbrecht und die Testamente,** Mk. 0.75.
Nr. 5. **Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter,** Mk. 0.75.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Horch!

Von köstlichen Wohlgeschmack und hervorragend in Qualität sind die beiden Margarine-Marken
„Siegerin" und „Mohra"
sie gleichen feinster Molkereibutter vollkommen!

Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Hansa-Halle.

Morgen Dienstag, den 1. Dezember 1908:
Grosser Antritts-Ball
unter Mitwirkung des akrobatischen **Kunstfahrer-Trios „Frisch Auf."**
Auftreten 9½ und 10½ Uhr.
Großes Humoristikum 11½ Uhr.

Anfang 7 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein
C. Kühn.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße
Gebe rote Rabattmarken.

A. N. Becker, Holstenstraße 32
Uhren und Goldwaren billigst.
Reparaturen 1.50 Mk. Feder 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Neue und getragene
Uhren
Schmuck aller Art liefert auch auf Teilzahlung.
Sämtliche **Reparaturen** unter Garantie.
Rosenstraße 12, I.

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfd. **1.35** Mk.

Ausspielen

von fetten Gänsen, Karpfen etc.
am Dienstag, den 1. Dezember 1908.
Anfang 10 Uhr morgens. Einsatz 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein
Joachim Brincker
Schmiedestraße 4–6.

Panorama
Breitestraße 53. I., im Flügel.
Vom 29. November bis 5. Dezember
Königswinter Siebengebirge mit Umgebung.

Hansa-Theater
Theater Variete 1. Ranges.
Gastspiel von
Grete Gallus
und das große Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadthallen-Theater
Donnerstag, 3. Dez., abends 7½ Uhr:
Fra Diavolo.
Komische Oper von Auber.
Vorverkauf **täglich 11—1 Uhr im Stadthallen-Theater** sowie in den bekannten Stellen: Nagel, Markt 14, und Roß, Mühlenstraße 19.

Neues **Stadt-Theater** Kassen-Telephon Nr. 298.

Dienstag 7½ Uhr. Große Preise!
Voll-Abonnem. 59. Dienstag-Abonn. 9.
Der Freischütz. Oper von C. M. v. Weber.
Mittwoch 7½ Uhr. **Kleine Preise.**
Voll-Abonn. 60. Mittwoch-Abonn. 7.
Wilhelm Tell von Schiller.
Donnerstag **8** Uhr. Mittel-Preise.
Voll-Abonn. 61. Donnerstag-Abonn. 9.
Der Diamant von Friedr. Hebbel.

Sie erhalten Rabatt-Marken.

Bruch-Schokolade, rein, Pfd. **70** Pfg., **Kakao,** garant. rein, von **85** Pfg. an, **feiner Souchong-Tee** von **1.20** Mk. an, **guten reinschmeckenden Kaffee** liefere ich schon f. **75** Pfg. das Pfd., fein ist mein Kaffee für **80** Pfg., sehr fein für **1** Mk., hochfein für **1.20** Mk.

Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.**

Konsumverein für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Mittwoch, den 2. Dezember 1908
Eröffnung der 7. Verkaufsstelle
Elswigstrasse 9a.

Indem wir hiermit diese Verkaufsstelle den geehrten Mitgliedern des Mühlentorbezirks zur gefälligen Benutzung übergeben, bieten wir die von uns geführten Waren in bekannter guter Qualität zu billigsten Tagespreisen an und bitten wir auch diese Verkaufsstelle durch regen Einkauf und Werbung neuer Mitglieder kräftigst zu unterstützen.

Der Vorstand.

Zum Weihnachtstisch

empfehlen unsere **reiche Auswahl** von
Bilderbüchern in feinster Ausführung

Ferner:
Märchenbücher, Jugendschriften, Ordnungsmappen
von den einfachsten bis zu den feinsten, in den verschiedensten Preislagen.

Vereinen und Gewerkschaften, welche Kinderbescherungen veranstalten, sind obige Sachen besonders empfohlen und gewähren denselben besonderen Rabatt.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 46.

Sämtliche Sachen sind auch durch unsere Kolporteure zu beziehen.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 280. Montag, den 30. November 1908. 15. Jahrg.

Die deutsche Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeitersekretariate im Jahre 1907.

IV.

7. Von der Rentenfestsetzung der Berufsgenossenschaften.

Die Rentenfestsetzung durch die Berufsgenossenschaften gibt den Sekretariaten zu immer neuen Klagen Anlaß. Und mit Recht, denn es wird dabei von den Berufsgenossenschaften in willkürlichster Weise vorgegangen. Am 1. Februar 1902 versandte das Reichsversicherungsamt an die Berufsgenossenschaften ein Rundschreiben, in dem gesagt wurde:

„Hiernach würde es unzulässig sein, wenn — was vorgekommen sein soll — die Feststellungsinstanzen einfach den von dem Arzte angegebenen Prozentsatz der Erwerbsunfähigkeit ihre Entscheidung zugrunde legten, ohne die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit geprüft zu haben. Ein derartiges Verfahren, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsorgane zu einer mechanischen Wiederholung des Ergebnisses der ärztlichen Gutachten herabgedrückt werden würde, entspricht nicht der Absicht des Gesetzes. Hat im einzelnen Falle der in der Sache gehörte ärztliche Sachverständige auf Ersuchen oder aus freien Stücken auch eine Äußerung über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegeben, so darf niemals außer acht gelassen werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbsfähigkeit an sich keine rein medizinische, und daß ihre Beantwortung nicht ausschließlich Sache des Arztes ist, sondern in der Hauptsache eine der vornehmsten Aufgaben der mit der Rentenfestsetzung betrauten Instanzen bildet."

Die Berufsgenossenschaften pfeifen auf diese gewiß gut gemeinten Erlasse. Zutreffend bemerkt das Frankfurter Sekretariat: „Erhalten sie am Wohnort des Verletzten kein Arztgutachten, welches ihnen genügt, um die Rente herunterzudrücken, so beordern sie die Verletzten einfach in eine sogenannte Rentenquetsche," wo sie immer ihren Zweck erreichen. Die persönlichen Verhältnisse des Verletzten bleiben dabei völlig unbeachtet; ob derselbe seine Arbeit dadurch verliert oder sonstigen materiellen Schaden erleidet, ist den Berufsgenossenschaften vollständig gleichgültig. So wies die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft einen in Frankfurt a. M. wohnenden Verletzten — obschon am Orte eine Anzahl der anerkannt tüchtigsten Augenärzte vorhanden sind — nach Düsseldorf zu einem Augenarzt. Der Zweck wurde erreicht, die Rente um 15 Prozent herabgesetzt. Ärzte, welche in objektiver Weise den Zustand der Verletzten begutachten und zu keinen den Berufsgenossenschaften genehmen Folgerungen kommen, werden bald nicht mehr von ihnen berücksichtigt; man wendet sich anderen zu, die entgegenkommender sind und dem Zwecke der Rentendrückung besser entsprechen.

Einzelne Berufsgenossenschaften gehen noch weiter, indem sie sich einfach über ihnen unbequeme Gutachten hinwegsetzen und die Rente nach eigenem Ermessen oder unter Berufung auf das „vorliegende Gutachten" festsetzen. Der Verletzte liest dann zu seinem Erstaunen in dem zugestellten Bescheide, daß die ärztliche Untersuchung bei ihm keine die Erwerbsfähigkeit behindernden Unfallfolgen mehr festzustellen vermochte oder eine wesentliche Besserung ergeben habe, obwohl ihm der Arzt bei der Untersuchung das Gegenteil gesagt hat. Sieht man dann die Akten ein, so findet sich diese Angabe bestätigt und die Berufsgenossenschaft hat die Äußerung des Arztes unverfroren in das Gegenteil umgeändert. Einen ähnlichen Fall führt das Arbeitersekretariat Straßburg an, wobei die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft einem Verletzten, dem das linke Bein amputiert werden mußte, nur eine 60 prozentige Rente festsetzte, während der untersuchende Arzt die Erwerbsunfähigkeit auf 75 Proz. geschätzt hatte. Dabei war der Verletzte tatsächlich völlig erwerbsunfähig, wie auch das Schiedsgericht durch Gewährung der Vollrente anerkannte. In einem vom Hamburger Sekretariat angeführten Falle setzte die Chemische Industrie-Berufsgenossenschaft, Sektion III einem Verletzten für die Zeit vom 4. Mai bis 1. August 1905 eine 50prozentige Rente fest, obgleich der behandelnde Arzt ihn bis Ende 1905 für vollständig erwerbsunfähig und für 1906 zu 50 Proz. erwerbsbeschränkt begutachtet hatte. Das nennt man freie Beweiswürdigung!

An diesem Vorgehen der Berufsgenossenschaften trägt das Reichsversicherungsamt einen sehr großen Teil der Schuld, insofern, als es die Gutachten der berufsgenossenschaftlichen Vertrauensärzte oft genug unbesehen als zutreffend hinnimmt und die Anträge der Verletzten auf anderweitige ärztliche Untersuchung kurzerhand ablehnt. Wie wenig unter solchen Umständen die Verletzten zu ihrem Recht gelangen, läßt sich leicht ermessen, sind doch die von den Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften abgegebenen Gutachten in äußerst zahlreichen Fällen höchst einseitig und von Objektivität weit entfernt. Um so bedauerlicher erscheint es, daß solche zu den Berufsgenossenschaften in einem Vertragsverhältnis stehenden Ärzte zugleich als Vertrauensärzte von Schiedsgerichten fungieren. Eine derartige Doppelstellung muß selbst da, wo der gute Wille, objektiv zu urteilen, vorhanden ist, zu Mißtrauen bei den Verletzten Anlaß geben und sowohl das Ansehen des Arztes als auch des Schiedsgerichts erschüttern. Das Reichsversicherungsamt hat dieser Auffassung bereits vor mehreren Jahren dadurch Rechnung getragen, daß es die gleichzeitige vertrauensärztliche Tätigkeit von Ärzten bei Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichten nicht als empfehlenswert bezeichnete. Trotzdem kommt nach den Berichten eine solche Doppeltätigkeit vor. So ist der Vertrauensarzt des Straßburger Schiedsgericht, Prof. Dr. Ledderhose, zugleich Leiter eines von den Berufsgenossenschaften unterhaltenen Unfallkrankenhauses; ein durchaus unhaltbarer Zustand!

Wie die Fürsorgeübernahme wird auch die Rentenfestsetzung von den Berufsgenossenschaften zum Teil sehr langsam erledigt. An der Spitze steht wieder die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, von deren Bummelei die Sekretariate Nürnberg, Fürth und München eine Reihe von Musterbeispielen zu berichten wissen. Es ist unglaublich, was sich diese Berufsgenossenschaft trotz der zahlreichen beim Landesversicherungsamt München erhobenen Beschwerden an Schlamperei den Verletzten gegenüber gestattet. Die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Beschwerdeverfahrens kann nicht besser als durch diese Beispiele charakterisiert werden.

Neben den Berufsgenossenschaften findet man leider auch noch viele Schiedsgerichte, bei denen die Erledigung der Unfallsachen recht langsam vor sich geht, und beim Reichsversicherungsamt ist es nicht besser bestellt. Die Ursache hiervon liegt nicht zum wenigsten an der ungemeinen Überlastung bezw. der nicht zureichenden Besetzung der Schiedsgerichte. Die Zahl der zu behandelnden Fälle nimmt ständig zu, während das Personal meist dasselbe bleibt; die Folge ist dann ihre langsame und bei manchen Schiedsgerichten zugleich sehr oberflächliche Erledigung.

Bei den Bemühungen, die Entschädigung der Verletzten auf ein möglichst niedriges Maß herabzudrücken, schrecken die Berufsgenossenschaften selbst vor direkt rechtswidrigen Handlungen nicht zurück. So führt das Arbeitersekretariat Kiel einen Fall an, wo das Schiedsgericht einem Verletzten eine 75prozentige Rente festsetzte, die Berufsgenossenschaft sich aber weigerte, dem Verletzten diese Rente zu zahlen, weil sie Rekurs einlegen wollte. Dabei bestimmt § 80 G.-U.-G. ausdrücklich, daß der Rekurs bezüglich Auszahlung der vom Schiedsgericht erkannten Rente keine aufschiebende Wirkung hat, was der Berufsgenossenschaft zweifellos bekannt war. Einen ebenso gesetzwidrigen Standpunkt nahm die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft ein, indem sie von dem Schiedsgericht Oberbayern verlangte, es solle die von einem Verletzten erhobene Berufung nur dann behandeln, wenn dieser die Berechtigung seines Anspruchs durch ein ärztliches Gutachten nachweise. Selbstverständlich wies das Schiedsgericht dieses Ansinnen zurück, denn § 78 G.-U.-G. verlangt, daß das Gericht ohne Rücksicht auf den von der Partei angetretenen Beweis in der Sache zu entscheiden hat.

Unendlich kleinlich und schäbig ist das Bemühen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, eine Herabsetzung der Renten durch möglichst niedrige Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes herbeizuführen. Alle möglichen Mängel werden an den Verletzten herausgesucht, um diesen Zweck zu erreichen. Das Frankfurter Sekretariat führt einen Fall an, wo die Hessen-Nassauische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft einem vorher völlig arbeitsfähigen Verletzten den Jahresverdienst von 480 Mk. wegen angeblicher mit dem Unfall nicht in Zusammenhang stehender Erwerbsunfähigkeit um 80 Prozent kürzte und eine Vollrente von ganzen 64,20 Mark jährlich anbot. Das Reichsversicherungsamt erhöhte diese „Vollrente" um 8 Mk. jährlich. In einem anderen von dem Arbeitersekretariat Magdeburg erwähnten Falle rechnete die Berufsgenossenschaft dem Verletzten wegen hohen Alters eine 50prozentige Erwerbsunfähigkeit auf den Jahresverdienst an. Das Schiedsgericht vermochte sich von der Richtigkeit dieser Rechnung aber nicht zu überzeugen und hielt den Verletzten bis zu dem Unfall für völlig erwerbsfähig, damit den Jahresarbeitsverdienst von 300 auf 600 Mark erhöhend. Ähnlich lag die Sache bei einem Futterknecht, dessen Vollrente mit 64 Mark im Jahre von dem Schiedsgericht aus demselben Grunde auf 384 Mark erhöht wurde.

Den gewerblichen Berufsgenossenschaften bietet sich zu ähnlichem Vorgehen nicht so oft Gelegenheit; ist dies aber der Fall, so lassen sie dieselbe nicht ungenutzt vorübergehen. So brachte die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft einem Verletzten einen um 500 Mark niedrigeren Jahresarbeitsverdienst in Anrechnung, weil er vor dem Unfall 13 Wochen gestreikt hatte. Schiedsgericht sowie Reichsgericht ließen sich jedoch auf diese neue Entdeckung der Berufsgenossenschaft zwecks Rentenkürzung nicht ein, sondern gaben den Anträgen des Verletzten statt.

Ein geradezu raffiniertes System verfolgen die Berufsgenossenschaften bei Beseitigung und Ausschaltung der kleinen Renten, und sie haben dabei unleugbare Erfolge zu verzeichnen. Ihr Bestreben ist zweifellos darauf gerichtet, die Renten bis 20 Prozent vollständig abzuschaffen. Daneben verfolgt man die Absicht, die für ge-

---

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von F. Kaulbach.

(28. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Da rüstete er sich sofort zum Wege nach dem Bureau.

„Ich fahre jetzt nach der Polizei, Sophie,' sagte er zu der Magd. „Bitte, halten Sie sich wach und passen Sie hier gut auf."

„Sie können unbesorgt sein, Herr Staatsanwalt —"

Ein langgezogenes Klingeln schnitt ihre Rede ab. Seydel stürzte wieder an das Telephon und horchte mit vorgeneigtem Kopfe, starren Auges, den Ausdruck tödlicher Pein im Gesicht.

Da schrie er mit einemmal, der feste, starke Mann, dessen Herz in seinem Berufe gestählt und gewappnet war gegen die Macht aufquellender Gefühle. Das Mädchen sah, wie seine kraftvolle Gestalt in sich zusammensank, sah, wie seine Züge aschfahl wurden und scharf, wie durch schweres Leiden.

„Herr Gott, was ist Ihnen, Herr Staatsanwalt?" rief sie, zu ihm hineilend, weil sie glaubte, ihn stützen zu müssen.

„Ein Unglück, — ein Unglück," stieß er heraus, „mein Kind, — mein Kind, o, wenn sie es ermordet hätten!"

Der fassungslose Schrecken der Magd, die in lautes Schluchzen ausbrach, gab ihm seine Festigkeit zurück. Die Energie in entscheidenden Augenblicken hatte Elisabeth von ihm geerbt. Wie ein starker Baum, der nur kurze Zeit in dem Anprall des heftigen Sturmes niederzubrechen droht, um sich bald darauf kraftvoll wieder emporzuheben, richtete sich Seydel fest auf und sah dem Unglück klar ins Auge. Jetzt galt es, den Schmerz zurückzudrängen und zu handeln mit Umsicht und Ruhe.

In wenigen Minuten hatte er das Haus verlassen. Durch die stürmische Nacht eilte er, warf sich in die nächste Droschke und fuhr nach dem Polizeigebäude, von dem ihm die Unglücksnachricht gekommen war.

Sechzehntes Kapitel.

Auf dem Polizeibureau erfuhr der tief erschütterte Vater des tapferen Mädchens, daß seine Tochter in einem Hause der Invalidenstraße untergebracht sei, nachdem man sie bewußtlos, aus einer Schulterwunde blutend, aufgefunden habe.

„Ich stehe vor einem furchtbaren Rätsel", sagte Seydel bekümmert zu dem Beamten, der ihm den Hergang berichtete; „sagen Sie mir nur um Gottes willen, ob die Verwundung schwer ist?"

„Ich hoffe nicht", erwiderte der Mann; wenn Sie wünschen, soll man Sie sofort zu Ihrer Tochter führen, Herr Staatsanwalt."

„Ich bitte darum; nur, — wenn Sie können, erzählen Sie mir, was Sie noch über das Unglück wissen: Sie sagen, ein Mädchen sei hierhergekommen, um Sie davon in Kenntnis zu setzen. Sprach das Mädchen davon, daß meine Tochter das Opfer eines Verbrechens geworden sei?"

„Jawohl, Herr Staatsanwalt. Sie zitterte, wie Espenlaub, als sie Bericht erstattete. Wir haben sie nur mit Mühe vernehmen können; ihr Name ist Meta Henzen. Sie hat den Täter entfliehen sehen, jedoch nicht erkannt, leider in ihrer Aufregung hat sie auch nicht daran gedacht, ihn zu verfolgen, oder gleich um Hilfe zu rufen."

Seydel verließ das Polizeigebäude in Begleitung eines Beamten.

Es war elf Uhr vorüber, als der Wagen vor dem Hause hielt, wo Seydel seine Tochter finden sollte. Als er mit dem Beamten ausstieg, bemerkte er, daß ein anderer Wagen vor der Tür wartete, und vermutete richtig, daß es der des Arztes sein mußte. Er verabschiedete den Beamten und befahl dem Kutscher, zu warten.

Dann zog er den Klingelzug am Portale. Der Portier, der ihm öffnete, erriet sofort den Zweck des Kommens.

„Die Dame liegt im Parterregeschoß", meldete er und zeigte Seydel den Weg. Im Flur brannte noch Licht, und es herrschte jene lautlose Geschäftigkeit, jenes gedämpfte Kommen und Gehen von einem Raum in den anderen, das die Nähe Schwerkranker zu verraten pflegt.

Auf dem Korridor erschien Meta Henzen. Ihre Augen blickten voll unbeschreiblicher Besorgnis, Trauer und Teilnahme auf den eintretenden Staatsanwalt. Obwohl ihr Herz sie im ersten Augenblick heftig dazu drängte, seine Hände zu fassen und ihm zuzurufen: „O, wie ich mit Ihnen fühle!" hielt ihre Bescheidenheit ihr starkes Empfinden zurück, und schüchtern, fast ängstlich sagte sie nur: „Die Wunde ist nicht gefährlich, Herr Staatsanwalt."

Er schien jedoch die Ängstlichkeit in ihren Zügen zu mißdeuten; er kannte Meta zu wenig, um zu wissen, daß ihre feine, vom Schicksal verschüchterte Seele sich furchtsam in sich selbst zurückzog. Sie erschrak bis ins Innerste vor dem Blick, mit dem Seydel sie streifte; womit hatte sie diesen Vorwurf, diese Anklage, dieses Mißtrauen verdient, das wie eine zuckende Flamme aus den Augen des Staatsanwalts ihr entgegenschlug?

Mit kaum merklichem Gruß ging er an ihr vorüber, leise über den weichen Teppich schreitend. Die alte Dame, die Bewohnerin dieser Räume, kam Seydel hier entgegen. Ihr mildes, freundliches Gesicht, über dem es wie stiller Mondglanz lag, erschien ihm wie ein Friedensbild in seiner Bedrängnis. Er nannte ihr seinen Namen, indem er sich tief vor ihr verneigte. Dann zog er ihre schmale, weiße Hand an seine Lippen und küßte sie ehrfurchtsvoll.

„Wie danke ich Ihnen, gnädige Frau, für Ihre gütige Gastfreundschaft, die Sie meinem armen Kinde erweisen."

Die Greisin lächelte sanft; aus ihren Zügen sprach eine Güte, die, wie sich Seydel eingestand, kaum von dieser Welt war.

„Wenn man achtzig Jahre alt ist, wie ich, und gezwungen ist, Feierabend zu machen, dann muß man es als ein Geschenk des Himmels ansehen, wenn man noch einmal nützen darf, und sei es mit dem geringsten Beistande. Der Arzt untersucht eben die Wunde. Ich glaube, Sie dürfen aufatmen, Herr Staatsanwalt; Ihr Kind hat die Besinnung wiedererlangt."

Seydel dankte der Greisin noch einmal warm, dann folgte er endlich seinem Verlangen und trat in das Zimmer ein, wo Elisabeth lag. An der Schwelle des schwach erhellten Raumes blieb er einen Augenblick stehen; eine zitternde Bewegung ergriff ihn mit unbeschreiblicher Gewalt; seine selbstbewußte Sicherheit fiel ganz von ihm ab, als er das wachsbleiche Profil seiner Tochter auf den Kissen liegen sah. Es packte ihn plötzlich mit einer Erschütterung, die stärker war, als er selbst; das Bewußtsein, daß er Elisabeth gegenüber nur seiner Beamtenpflicht genügt und ihr nicht beigestanden hatte in ihrem Kampf, drückte ihn jetzt tief nieder. Ein Vater, — ein Freund, — ein Beistand in ihrem schweren Kampfe war er ihr nicht gewesen; ein korrekter Jurist, — nichts weiter; er hatte sie allein ringen lassen mit allen Widerwärtigkeiten, und das war nun das Ende! — Mit überquellender Zärtlichkeit wollte er zu ihr hineilen, ihr seine Liebe, seine Hilfe versichern. Doch der Arzt, der eben den Verband der Schulterwunde beendet hatte, gab ihm durch ein bittendes Zeichen zu verstehen, daß er noch nicht nähertreten möge. Elisabeth lag so, daß sie ihren Vater nicht

wisse Schäden üblichen Renten möglichst weit herunterzudrücken. Wie man dabei vorgeht, dafür nur einige Beispiele. Der Verlust eines Auges wird nach der ständigen Entscheidungspraxis des Reichsversicherungsamts bei qualifizierten Arbeitern einer 33⅓ prozentigen Erwerbsunfähigkeit, bei ungelernten Arbeitern einer 25prozentigen Erwerbsunfähigkeit gleichgeachtet. Wie aber nicht nur die Berichte, sondern auch die tägliche Beobachtung zeigen, setzen die Berufsgenossenschaften in solchen Fällen auch qualifizierten Arbeitern nur eine 30- bezw. 25prozentige Rente fest, darauf spekulierend, daß sich die Arbeiter gegen die geringe Differenz aus Gleichgültigkeit oder Unkenntnis nicht auflehnen. Dasselbe Manöver wird bei anderen Verletzungen zur Anwendung gebracht. Erscheint mindestens eine 50prozentige Rente angebracht, so kann man bei einer Anzahl Berufsgenossenschaften mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß nur eine 45prozentige, statt einer 25prozentigen Rente eine solche von 20 Proz. festgesetzt wird. Erhebt der Verletzte hiergegen Berufung, so wendet sicher die Berufsgenossenschaft dagegen ein, daß nach der Praxis des Reichsversicherungsamtes Änderungen der Rentenfestsetzung wegen Differenzen von weniger wie 10 Proz. nicht vorgenommen werden sollen. Und Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt geben ihnen darin recht, so die Herabdrückung der Entschädigungssätze fördernd.

Dem fortgesetzten Bohren und Wühlen der Berufsgenossenschaften ist es gelungen, die Entschädigungspraxis im Laufe der Zeit gewaltig zu verschlechtern. Eine ganze Anzahl von Unfällen, die früher anstandslos zur Entschädigung kamen, wie z. B. Bruchschäden, werden heute gar nicht mehr oder nur in besonderen Ausnahmefällen entschädigt. Die traumatische Neurose kuriert man in schematischer Weise mit Rentenkürzung und schließlicher Rentenentziehung, ohne sich im mindesten um die verzweiflungsvolle Lage jener Unglücklichen zu kümmern, in die sie ohne ihr Verschulden durch ihren Unfall gelangten.

„Das einzige Heilmittel für solche Unfallhysteriker liegt in der Arbeit!" sagt das Schiedsgericht Schleswig in einer von dem Arbeitersekretariat Kiel mitgeteilten Entscheidung und andere Schiedsgerichte bringen denselben Grundsatz zur Anwendung. Bis zu einem gewissen Grade hat diese Auffassung ihre Berechtigung. Wie die Erfahrung zeigt, übt die Wiederaufnahme der Arbeit auf die an traumatischer Neurose Leidenden einen unverkennbar günstigen Einfluß aus, und ist deshalb gegen eine gewisse Einwirkung auf die Verletzten, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, gewiß nichts einzuwenden. Nur darf hierbei nicht schablonisiert und übertrieben werden. Wie liegen aber die Verhältnisse?

Von den Berufsgenossenschaften wird jeder Unfallneurastheniker als ein Subjekt angesehen, das seine Entschädigung zu Unrecht erhält, und dem dieselbe so bald wie möglich entzogen werden muß. Von jener Schonung und Milde, die ärztlicherseits gerade bei der Behandlung dieser Art von Verletzten verlangt wird, ist deshalb in den berufsgenossenschaftlichen Bescheiden wenig zu finden. In rücksichtsloser Weise setzt man die Rente herunter, die Verletzten dadurch nicht nur materiell, sondern auch gesundheitlich auf das schwerste schädigend. Nicht zum wenigsten trägt dieses Vorgehen dazu bei, ihre Wiederherstellung zu verzögern. Die meisten viel zu weit gehenden Rentenkürzungen müssen die dadurch in ihrer Existenz Bedrohten zum Widerspruch anstacheln, und das langdauernde Verfahren mit seinen Aufregungen besorgt dann das übrige.

Deutscher Reichstag.

„Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 28. Novbr. 1908.

171. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Sydow.

Die Steuerdebatte wird fortgesetzt.

Erzberger (Z.): Im Block scheint es wieder einmal zu kriseln. Warum kommt nicht Blockvater Bülow und veranstaltet wieder einmal so einen parlamentarischen Rüttlischwur? (Gr. Heiterkeit im Zentr. u. b. d. Soz.) Das Zentrum bedankt sich dafür, auf jeden Pfiff der Regierung und der Konservativen als Reservetruppe gegen die Linke anzurücken. So polizeiwidrig dumm sind wir nicht. Der große Dichter Müller-Meiningen (Gr. Heiterkeit i. Zentr. u. b. d. Soz.), den ich aber ja nicht zum Dichten provozieren möchte, (Grn. Htkt.) hat sich wieder einmal an dem Zentrum gerieben. Er täte besser, sich mit der Geschichte der Wandlungen des Freisinns zu beschäftigen. — Der preußische Finanzminister befördert mit seinen urreaktionären, vormärzlichen Reden und mit seiner Sozialistentöterei im Reichsverbandsstil nur die Sozialdemokratie. Statt über die hohen Gewerkschaftsbeiträge zu schelten, sollte man sich doch freuen, daß sich die Arbeiterschaft in ruhigen Zeiten einen Kriegsschatz schafft. Um Sparsamkeit in die Reichsfinanzen zu bringen, braucht es gar keiner neuen Verfassungsgarantien, sondern nur einer energischen Handhabung des bestehenden Budgetrechts des Reichstages. Ohne Wahrung dieses Rechts nützen auch die schönsten Garantien nichts. Macht der Reichstag aber von seinem Budgetrecht Gebrauch und verwirft eine Regierungsforderung, so wird er aufgelöst und seine Mehrheit als antinational stigmatisiert. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Soz.) — Der Reichskanzler hat Sparsamkeit gepredigt. Aber ich möchte wissen, wo diese Sparsamkeit bei dem Regieren im Herumziehen bleibt. — Für die Schutztruppen in Südwestafrika, die nichts mehr zu schützen haben, werden in diesem Etat wieder 16 Millionen gefordert. Von den Wirkungen des bekannten Sparsamkeitserlasses des Reichskanzlers ist nichts zu spüren. Ich habe übrigens den Erlaß nicht gesehen. Er ist wohl nur für die Blockparteien gedruckt worden. (Abg. Südekum ruft: Aus Sparsamkeitsgründen! Gr. Heiterkeit.) Wenn wirklich Sparsamkeit herbeigeführt und das Budgetrecht des Reichstages gewahrt wird, hat das deutsche Volk den Vorteil davon. (Lebhaftes Bravo im Zentrum.)

Emmel (SD.): Durch seine diversen Reden gegen die Sozialdemokratie scheint der Herr v. Rheinbaben sich bei etwaiger Neubesetzung des Kanzlerpostens in empfehlende Erinnerung bringen zu wollen. (Heiterkeit und sehr wahr! b. d. Soz.) Sonst haben die Reden weiter keinen Zweck. Wenn er über Gewerkschaftsbeiträge jammert, so sollte er doch eigentlich wissen, daß, was die Arbeiter an Lohnerhöhungen erreicht haben, sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation verdanken. Herr Rheinbaben läßt sich gern allerlei Schnitzel von seinen Geheimräten zutragen und auf einem solchen Schnitzel hat gestanden, daß Engels sich gegen derartige Steuern ausgesprochen habe. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß Engels erklärt hat, mit der Einführung direkter Steuern allein lasse sich die soziale Frage nicht lösen. Die übrigen Zitate des Finanzministers sind in ähnlicher Weise aus dem Zusammenhange gerissen. — Der Finanzminister spricht von dem Interesse, das die Arbeiter an den Einrichtungen des Staates haben. Nun der Staat, wie er heute ist, stellt seine Polizei den Unternehmern zur Niederknüttelung der Streikbewegung zur Verfügung und betrachtet das Heer als Schutzwehr des Kapitalismus. Sollen die Arbeiter sich etwa freuen, wenn die Soldaten bessere Waffen zum Schießen auf Vater und Mutter erhalten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die auswärtige Lage birgt bei einigermaßen verständiger Führung der auswärtigen Politik keine Kriegsgefahr in sich. Wenn man Elsaß-Lothringen, statt es als unterworfene Provinz zu behandeln, eine selbständige Stellung als republikanischen Bundesstaat geben würde, so würde man der französischen Revanche-Idee den letzten Rest ihrer Kraft nehmen. Da man, wie allseitig betont ist, mit England Frieden und Freundschaft halten will, und Rußland garnicht kriegsfähig ist, so können die Kosten für Heer und Marine ohne jede Gefahr herabgemindert werden. — Die zweite große Frage bei der Finanzreform ist die Verteilung der Steuern. Auf die einzelnen Steuern will ich in diesem Stadium der Verhandlung nicht mehr eingehen. Seine Predigt gegen Steuerfilzigkeit hätte der Reichskanzler an die Herren von der Rechten richten sollen, an die Leute, die eine Nachlaßsteuer als unmoralisch, aber das Weißbluten der großen Volksmasse als höchst moralisch betrachten, die durch ihre egoistische Steuer- und Wirtschaftspolitik den Arbeitern das Vaterland verekeln, um die Worte des Finanzministers Rheinbaben zu gebrauchen. (Sehr gut! b. d. Soz.) An den Matrikularbeiträgen müssen wir festhalten, um die Einzelstaaten zur Mitwirkung an der Sparsamkeit im Reichshaushalt zu erziehen. — In engster Verbindung mit der Finanzfrage steht die Frage nach den verfassungsmäßigen Garantien. Durch seinen Hinweis auf die Reichstagsauflösung hat Herr Erzberger seine eigene Behauptung widerlegt, daß die Wahrung des Budgetrechts bereits genügt. Nur neue, vom wirklichen demokratischen Geiste getragene Institutionen können uns von dieser volksfeindlichen Finanzwirtschaft befreien. An der Herbeiführung solcher Garantien arbeiten wir gern und freudig mit, aber diesem System bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Preis (Els.) bekämpft die Beeinträchtigung Elsaß-Lothringens durch die Brausteuer.

Dr. Arend (Rp.): Herr Emmel hat die Debatte auf ein tiefes Niveau herabgedrückt (Aber Herr Arend wird sie wieder heben, bei den Soz.). Warum hat sich das Zentrum schon bei der ersten Lesung so gegen die neuen Steuern festgelegt? — Will jetzt die bürgerliche Linke bei einer nationalen Frage versagen, möge sie doch die nicht als Drohung, sondern als ernste Freundesmahnungen zu verstehenden Worte des Grafen Schwerin-Löwitz beherzigen. (Gr. Htkt.lks.) Was hat die kleine freisinnige Minderheit von dem sogenannten konstitutionellen System? Im Grunde sind wir ja doch mit Ausnahme der Sozialdemokraten uns über die Finanzreform einig. Wir alle wollen Heranziehung der Genußmittel und Heranziehung des Besitzes. Das andere findet sich in der Kommission. (Bravo! rechts.) — Redner schilt auf die Gewerkschaften und ermahnt nochmals die Freisinnigen, doch ja beim Block zu bleiben.

Hilpert (Bayr. Bauernb. [auf der Tribüne schwer verständlich]) scheint alle vorgeschlagenen Steuern zu bekämpfen.

Damit schließt die Diskussion.

In einer persönlichen Bemerkung stellt

Müller-Meiningen eine fürchterliche Abrechnung mit Erzberger in Aussicht.

Erzberger (Z.) erwartet diese Abrechnung mit Ruhe, wenn sie nur nicht in Versen erfolgt. (Gr. Heiterk.)

Die Vorlage wird an eine 28gliedrige Kommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Gewerbeordnungsnovelle.)

Schluß 4 Uhr.

Soziales und Parteileben.

Gegen den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht sprachen sich die bäuerlichen und industriellen Abgeordneten im Meininger Landtag aus. Nach dem neuen Volksschulgesetz sollen in allen Gemeinden des Landes Mädchenfortbildungsschulen, neben den Knabenfortbildungsschulen, errichtet werden. — Hiergegen besonders wehrten sich die ländlichen Vertreter. Die Industriellen forderten Verlegung des Unterrichtes in die Abendstunden. Die sozialdemokratische Fraktion mußte im Interesse der Volksbildung und der Volkswirtschaft, sowie um der Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen entgegen zu treten, der Regierung den Rücken decken.

Das Aushungerungssystem des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. Sieben schwarze Listen oder auf solche Bezug nehmende Rundschreiben brachte innerhalb 8 Tagen der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zum Versand. Die Listen haben diesen Wortlaut:

J.-Nr. 1813. Berlin, den 9. November 1908.

Rundschreiben Nr. 209 pro 1906.

In Itzehoe sind die nachstehend aufgeführten Hafenarbeiter in den Ausstand getreten.

(Folgen die Namen von 24 Arbeitern.)

Wir bitten, diese sowie alle aus Itzehoe kommenden Hafenarbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

J.-Nr. 1814. Berlin, den 9. November 1908.

Rundschreiben Nr. 210 pro 1908.

Bei der Firma Wilhelm Fredenhagen in Offenbach a. M. sind nachstehende Former und Tagelöhner in den Ausstand getreten.

(Folgen die Namen und Geburtstage von 8 Arbeitern.)

Wir bitten diese sowie alle von genannter Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

J.-Nr. 1831. Berlin, den 14. November 1908.

Rundschreiben Nr. 211 pro 1908.

Bezugnehmend auf unser Rundschreiben Nr. 196 vom 5. Oktober 1908 machen wir hierdurch darauf aufmerksam, daß der Ausstand beim Strebelwerk G. m. b. H. in Mannheim, an welchem zirka 700 Arbeiter beteiligt sind, noch andauert und bitten dringend, alle von dort kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzu-

---

hatte sehen können; doch sie empfand die Nähe eines Menschen, der bisher noch nicht bei ihr gewesen war, mit dem krankhaft gesteigerten Gefühl ihrer Nerven. Und sie ahnte, daß es ihr Vater war. Aber als sie versuchte, sich nach ihm umzuwenden, gebot der Arzt ihr Ruhe und winkte ihren Vater noch einmal hinweg.

Als Seydel wieder in das Nebenzimmer zurückkehrte, bat er Meta, zu ihm zu kommen. Seine Züge waren noch ernster, als vorhin, aber von einem weichen Ausdruck gemildert.

Zagend kam Meta näher. Die alte Dame hatte sich entfernt, so befanden sich denn die beiden allein im Zimmer.

„Nun erzählen Sie mir, was Sie von dem unglückseligen Vorfall wissen," gebot Seydel.

Meta gehorchte. Mit eiligen, unzusammenhängenden Worten berichtete sie, wie Elisabeth mit dem Briefe zu ihr gekommen sei und nach dem „Apostel" gefragt habe; wie sie selbst, von einer unbesiegbaren Unruhe getrieben, es an diesem Abend im Hause nicht habe aushalten können und ihr nach dem Invalidenparke gefolgt sei. Gerade in dem Moment sei sie dorthin gekommen, als Elisabeth verwundet niedergesunken und ein Mann in der Richtung nach dem Hamburger Bahnhof zu entflohen sei. Zu erkennen sei er nicht mehr gewesen, auch habe sie in ihrer Bestürzung nicht an eine Verfolgung gedacht.

„Hätten Sie das Unglück nicht verhüten können?" fragte Seydel vorwurfsvoll. „Sie hätten meine Tochter von solchen Gängen zurückhalten sollen, und statt dessen haben Sie ihr vielleicht sogar zugeredet zu dem tollkühnen Unternehmen?"

Eine jähe Röte flammte in Metas Wangen auf. Fast hätte ihr leidenschaftliches Temperament sie fortgerissen; doch sie bezwang sich, weil sie an Elisabeth dachte.

„Ich habe Fräulein Seydel nicht zu diesem gefahrvollen Gange veranlaßt, Herr Staatsanwalt. Wenn ich nur wenigstens mitgegangen wäre! Mit meinem Leben hätte ich sie beschützt. Aber sie wehrte ja meine Begleitung ab."

„Erzählen Sie mir alles," sagte Seydel viel freundlicher, als vorhin. Metas Persönlichkeit besiegte ihn fast noch mehr, als das Bewußtsein, ihr Unrecht getan zu haben. Wie sie da vor ihm stand, stolz und doch so demütig, das Feuer tief innerer Erregung in ihren schwarzen Augen, das ganze Wesen wie durchglüht von verhaltener Leidenschaftlichkeit, war sie, ohne eine Ahnung davon zu haben, von hinreißendem Zauber.

„Glauben Sie mir, Herr Staatsanwalt," fuhr Meta fort, „ich habe Fräulein Seydel angefleht, dem Briefe nicht zu trauen, nicht an jenen Ort zu gehen, wohin der Mann sie bestellt hatte. Und als sie nicht darauf hörte, obwohl ich sie durch die schlimmsten Vorstellungen abzuschrecken suchte, habe ich sie endlich gebeten, mich mitzunehmen; aber auch das wollte sie nicht. O, Herr Staatsanwalt, die Sehnsucht, Herrn Claasen zu befreien, hat Fräulein Seydel schon seit langem fast krank gemacht, krank im Gemüt, meine ich; es geht ihr so tief, gerade weil sie äußerlich so ruhig bleibt. Und so sagte sie denn auch in einem Tone, auf den ich keinen Widerspruch wagte, daß sie gehen würde, selbst wenn es ihr Leben kosten sollte. Ach, sie erwartete so viel von der Aussage des Mannes, dessen Namen unter dem Brief stand."

Der Staatsanwalt lauschte ganz regungslos, mit geneigtem Kopfe, auf jedes Wort, das Meta sagte. In die Pause hinein, die eine Weile entstand, klang von draußen das Toben des Unwetters, das Prasseln des Regenschauer, die gegen die Scheiben schlugen.

Seydel befand sich in einer so zerrissenen Stimmung, wie nie in seinem Leben; bisher hätte er darauf geschworen, jede Situation mit klarem Auge durchschauen, mit scharfem Sinn beurteilen zu können. Es war ihm noch nie begegnet, daß er einem so plötzlichen, schrecklichen Ereignisse so völlig verworren gegenüberstand. Freilich war auch sein Herz noch nie so stark in Mitleidenschaft gezogen worden, wie dieses Mal. Er konnte nicht denken, wie er als Jurist zu denken gewohnt war. Sein Schmerz verwirrte die Fäden, die sein Hirn mühsam zu spinnen versuchte.

So saß er Meta noch stumm grübelnd gegenüber, als der Arzt hereinkam.

Er versicherte Seydel, daß der Zustand seiner Tochter zufriedenstellend sei. Von der größten Sorgenlast befreit, atmete Elisabeths Vater auf.

„Wünschen Sie, daß Ihr Fräulein Tochter ins Augusta-Hospital gebracht wird, oder möchten Sie sie heimtransportieren lassen, Herr Staatsanwalt?"

„Wenn es möglich ist, wäre mir das letztere lieber, Herr Doktor."

„Es kann geschehen. Die Wunde ist nicht schwer, nur bedarf die Kranke sorgfältigster Pflege und Schonung. Ich werde Ihnen morgen früh eine Diakonissin senden, wenn Sie für diese Nacht die Wache übernehmen könnten.

Der Staatsanwalt bejahte, Meta aber ging hinaus, um die Anstalten zu Elisabeths Überführung zu treffen.

Nu fragte der Arzt, Dr. Wendtler, zögernd und schonend um die näheren Umstände der Verwundung Elisabeths. Der Staatsanwalt erklärte ihm das wenige, das ihm darüber bekannt war. Vor allen Dingen bemühte er sich, Elisabeths Abenteuer mit den vorliegenden Gründen genügendzu erklären, um den rätselhaften Schein, der sie beleuchtete, von ihr abzuwenden.

„Ich bitte um Ihre Diskretion, Herr Doktor," schloß Seydel seinen Bericht.

„Sie können darauf rechnen," versicherte der junge Arzt, indem er sich verbindlich vor dem alten Herrn verneigte.

Es war zwei Uhr nachts, als Elisabeth Seydel endlich daheim in ihrem Bett von allen Schrecknissen ihres Abenteuers ausruhte. Die Fahrt in dem holprigen Wagen, der sich auf den ausdrücklichen Wunsch des Arztes nur sehr langsam fortbewegen durfte, war schrecklich gewesen. Noch jetzt war sie außerstande, ihrem Vater, der neben ihr saß, die Hand zu drücken. Nur ein paarmal hatte sie ihm durch ein glückliches Lächeln zu verstehen gegeben, daß seine Nähe sie unendlich beruhigte. Nun lag sie, wie vorhin im Hause der fremden Dame, mit geschlossenen Augen regungslos da, so daß Seydels Besorgnisse um sie sich wieder vermehrten. Das Wundfieber hatte sie ergriffen, und der Schlaf, der sie allmählich umfing, glich eher einer schweren Bewußtlosigkeit, als dem sanften, tiefen Ausruhen des Geistes und Körpers.

Das Flämmchen der Nachtlampe war der einzige lichte Punkt, der die Dunkelheit durchschimmerte. Der Staatsanwalt ersehnte die Dämmerung des Morgens. In dieser lautlosen, bedrückenden Finsternis schien die Zeit stillzustehen. Seydel saß an seiner Tochter Bett, eine bange halbe Stunde nach der anderen. Er konnte nicht anders, als nach ihr hinzusehen, obwohl er in dem gedämpften Lichtkreis der Nachtlampe ihr weißes Gesicht kaum zu erkennen vermochte.

Da kam auf einmal ein leiser, klagender Ton von ihren Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

stellen und etwa versehentlich eingestelle sofort wieder zu entlassen.

J.-Nr. 1832. Berlin, den 14. November 1908.

Rundschreiben Nr. 212 pro 1908.

Die Lohndifferenzen der Zimmergesellen in Neustadt in Holstein haben durch die Besetzung der frei gewordenen Stellen mit anderweitigen Arbeitskräften ihre Erledigung gefunden, es erledigt sich dadurch unser Rundschreiben Nr. 155 vom 6. Juli cr.

J.-Nr. 1837. Berlin, den 16. November 1908.

Rundschreiben Nr. 213, pro 1908.

Bei der Firma Werkzeugmaschinenfabrik und Eisengießerei Otto Froriep in Rheydt ist unter den Formern eine Bewegung ausgebrochen, die eine Stillegung des gesamten Betriebes zur Folge haben wird. — Wir übermitteln Ihnen in der Anlage eine Liste der in Betracht kommenden Arbeiter, und bitten Sie, diese sowie alle von der genannten Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Die Anlage enthält die Namen von 237 Arbeitern.

J.-Nr. 1834 8. Berlin, den 16. November 1908.

Rundschreiben Nr. 214 pro 1908.

Bei den auf beifolgender Liste verzeichneten Firmen, Mitgliedern des Vereins der Flußschiffswerften Deutschlands, ist ein Streik ausgebrochen. Wir bitten deshalb, die in der Anlage aufgeführten sowie alle von den genannten Firmen kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen. — In der Anlage sind nachstehende Firmen verzeichnet:

Schiffsbaumeister B. Liepner, Glashütte bei Oranienburg, mit 8 Arbeitern
" R. Süske, Glashütte bei Oranienburg, mit 2 Arbeitern
" A. Schreiber, Glashütte bei Oranienburg, mit 7 Arbeitern
" Ad. Brauer, Sachsenhausen b. Oranienburg, mit 6 Arbeitern
" W. Schäfter, Sachsenhausen b. Oranienburg, mit 8 Arbeitern
" K. Füting, Oranienburg mit 5 Arbeitern.

Sämtliche Arbeiter, Schiffszimmerer, sind alphabetisch aufgeführt, einer davon wird durch die beigefügte Bezeichnung als Vorsitzender des Verbandes genau gekennzeichnet. —

Das ist natürlich kein Terrorismus!

Ein Fortschritt. Die Verschmelzung des Portefeuillerverbandes mit dem Sattlerverband ist perfekt. Eine Urabstimmung der Mitglieder des Portefeuillerverbandes ergab folgendes Resultat: 80 Proz. haben an der Abstimmung teilgenommen, davon stimmten 66 Proz. dafür, die andern dagegen. Am 13. April 1909 findet in Köln der gemeinsame Verbandstag beider Verbände statt, vorher am 12. April 1909 die 7. ordentliche Generalversammlung der Sattler und der 3. außerordentliche Verbandstag der Portefeuiller. Wenn auf beiden Tagungen die Verschmelzung gutgeheißen wird, haben beide Verbände vom 1. Juli 1909 ab gemeinsame Geschäftsführung.

Krise und weibliche Arbeitskraft. Nach dem Berichte des Statistischen Amts der Stadt Köln waren am 1. November 1908 gegen den gleichen Tag des Vorjahres in Köln 4354 männliche Arbeitskräfte weniger, dagegen 475 weibliche mehr beschäftigt. Gegen den 1. November 1906 waren beschäftigt: 2957 männliche weniger, dagen 2303 weibliche Arbeitskräfte mehr. — Das Statistische Amt „vermutet", daß das männliche Personal teilweise durch weibliches ersetzt worden sei. — So ist es allerdings! Die starke Verschiebung zuungunsten der männlichen Arbeitskraft ist ganz allein auf den Hunger des Unternehmertums nach der billigeren und willigeren weiblichen Arbeitskraft zurückzuführen.

Die streikenden Bergarbeiter der Grube Merlenbach formulierten ihre Forderungen. Verlangt wird nochmalige Befahrung der Gruben durch die Bergbehörde in Begleitung von Arbeitern, um Gewißheit über die Sicherheit der Grube zu erlangen, Aufhebung der erheblichen Lohnunterschiede und Festsetzung eines Mindestlohnes für Hauer von 5 Mk.; ferner sollen die Gesamtstrafen monatlich 5 Mk. nicht übersteigen. Vom 1. Januar 1909 ab sollen in geheimer, direkter Wahl gewählte Arbeiterausschüsse an der Grubenkontrolle beteiligt werden. Die Bergwerksdirektion beantwortete diese Forderungen mit der Streichung sämtlicher Ausständiger aus den Arbeitslisten.

Das beleidigte Gericht. Der verantwortliche Redakteur der „Königsberger Volkszeitung", Genosse Schiffer, wurde wegen angeblicher Beleidigung der Königsberger Strafkammer zu 500 Mark Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt. Seit Jahren sind in Königsberg die Bauunternehmer, die die gemeinsame Ortskrankenkasse um größere Beträge geprellt haben, außerordentlich milde bestraft worden. Wenn sie 100, bezw. 150 bezw. 200 Mark und noch mehr unterschlagen hatten, erhielten sie gewöhnlich 30 Mark und, wenn es hoch kam, 50 Mark Geldstrafe. Über diese Art von Rechtsprechung hatten sich in der letzten Generalversammlung selbst die Arbeitgeber aufgehalten und verlangt, daß dagegen in der Presse Front gemacht werde. Als am 22. August ds. Js. ein Bauunternehmer, der 190 Mark unterschlagen hatte, 30 Mk. Geldstrafe erhielt, während ein Dienstmädchen, das Wäsche und andere Gegenstände gestohlen, 1 Jahr Gefängnis und ein Hafenarbeiter, der 8 Mk. entwendet hatte, 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis erhielten, beleuchtete die „Volkszeitung" diese drei Urteile unter der Überschrift „Gerechtigkeit" in einem Artikel. Die Herren Richter fühlten sich beleidigt und stellten Strafantrag. Zu der Verhandlung waren als Zeugen auch zwei Landgerichtsräte geladen. Ihnen wurde vom Verteidiger, Genossen Haase, die Frage vorgelegt, ob Herr Landgerichtsdirektor Schubert mit ihnen außerhalb des Dienstes darüber gesprochen habe, daß die Gemeinsame Ortskrankenkasse immer mehr eine sozialdemokratische Einrichtung werde, und daß daher ihre Anzeigen gegen Bauunternehmer etc. mit Vorsicht aufzunehmen seien! Wenn irgend möglich, solle von der Eröffnung des Hauptverfahrens Abstand genommen werden! Die Gefragten verschanzten sich hinter das Dienstgeheimnis und verweigerten die Auskunft. Der Kassenführer Braun sagte als Zeuge aus, daß die Strafkammer öfter aus ganz sonderbaren Gründen die Anträge des Staatsanwalts auf Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt habe. Am Schlusse einer sehr gehässigen Rede beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte wie oben mitgeteilt.

Ein „Opfer der Sozialdemokratie". Als „Opfer der Sozialdemokratie" bezeichnet das Zentrumsblatt „Oberelsässische Landeszeitung" in Mülhausen i. E. den im Jahre 1905 von dem damaligen Bürgermeister Regierungsrat Kayser im Disziplinarwege ohne Pension entlassenen städtischen Badeverwalter Schlegel, dem der sozialistenreine Gemeinderat auf sein Ansuchen jetzt die volle Pension in Höhe von 1622 Mk. jährlich bewilligt hat. In der 1. Kommission wurde es, wie das Zentrumsblatt meldet, als Pflicht der Stadt bezeichnet, das an diesem „Opfer der Sozialdemokratie" begangene Unrecht durch Bewilligung der vollen Pension „wieder gut zu machen." Bezeichnenderweise stimmte, was das Blatt dabei nicht erwähnt, der verantwortliche Redakteur der „Oberelsässischen Landeszeitung" im Gemeinderat gegen diese Pension. Ursache der plötzlichen Entlassung des städtischen Badeverwalters Schlegel war im Jahre 1905 die amtliche Feststellung, daß Schlegel lange Jahre hindurch Arbeiterfrauen, die im städtischen Badedienst aushalfen, gelegentlich in seinem Privathaushalt beschäftigte, indem er diese Arbeitsstunden für die Stadt aufnotierte und aus der Stadtkasse bezahlen ließ; ferner daß Schlegel öfters die Kassiererin durch die eigene Tochter vertreten ließ, wozu er nicht berechtigt war. Nach seiner Entlassung verweigerte Schlegel die Vorlegung der Kassenbücher, die er beseitigt hatte, wozu noch kam, daß bei Prüfung der Jahresrechnung 1904, über welche im November 1905 im Gemeinderat Bericht erstattet wurde, sich der Verbrauch auffällig größer, mit der Zahl der verbrauchten Bäder nicht in Einklang zu bringender Mengen von Mineralien ergab, sodaß der Gemeinderat die Abnahme dieses Teiles der Jahresabrechnung ablehnte und Nachprüfung durch eine Kommission beschloß. Auch dieser Kommission händigte Schlegel die Kassenbücher nicht aus, vernichtete sie vielmehr. Die dann später von ihm trotz alledem eingereichten Pensionsanträge lehnte die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit natürlich konsequent ab, indem ihre Redner betonten, daß Schlegel zufrieden damit sein könnte, nicht dem Strafrichter übergeben zu werden. Es ist kennzeichnend für die Moral der jetzt herrschenden bürgerlichen Parteien, daß sie trotz dieses öffentlich bekannten Sachverhaltes dem Manne die volle Pension bewilligten unter dem Vorgeben, er sei ein „Opfer der Sozialdemokratie", und es illustriert den sittlichen Tiefstand der Zentrumspresse, daß sie diesen schmutzigen Schwindel mitmacht, obwohl der verantwortliche Leiter des Blattes in Mülhausen seiner besseren Überzeugung gemäß im Gemeinderat mit zwei Fraktionskollegen gegen die Pension gestimmt hatte! — Dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sei dieser typische Fall zur Ausschlachtung in den Gemeindewahlkämpfen wärmstens empfohlen.

Genossenschaftsbewegung.

Der Konsumverein als Hüter der Sittlichkeit. Ein Konsumverein des Frankenwaldes hat seinem Statut von 1890 folgenden Nachtrag im Jahre 1894 beigefügt:

Zusatz zu § 5: Ausgeschlossen wird aus dem Verein, wer sich gegen Religion oder Sittlichkeit in grober, ärgerniserregender Weise vergeht, — wer öffentlich über den Verein schimpft —, wer gegen den Willen der Eltern vom Familienverbande sich lostrennenden Kindern Herberge oder Unterschlupf gewährt, — wer seinen unverheirateten Töchtern den Wirtshausbesuch ohne elterliche Aufsicht gestattet und speziell auf dem Heimwege sie nicht begleitet (siebenmaliges Betreffen der Töchter gilt auch als „Gestatten" der Eltern.) Vorstand und Aufsichtsrat haben in gemeinsamer Sitzung, zu welcher das betreffende Mitglied vorzuladen ist, den Tatbestand zu prüfen und gegebenenfalls den Ausschluß zuzustellen. Zu dieser Sitzung ist auch der Anzeiger zum Erscheinen gezwungen, und jedes Mitglied ist bei Strafe des Ausschlusses aus dem Verein verpflichtet, jeden Fall, von dem es sichere Kenntnis erhält, zur Kenntnis der Vorstandschaft oder des Aufsichtsrates zu bringen.

Dazu bemerkt die „Konsumg. Rundschau": Was mag wohl die Veranlassung zu diesen lächerlichen Bestimmungen gewesen sein? Und was mag wohl der gerichtlich bestellte Revisor zu diesem sonderbaren Statut gesagt haben? Der Verein gilt im Ort als Wohltätigkeitsanstalt und zahlt 16 Proz. Rückvergütung. Der Herr Pfarrer ordnet alles wohl und weise und wacht gewissenhaft, daß den Töchtern der Mitglieder kein Schaden zugefügt wird. Wir haben auch gar nichts gegen die genossenschaftliche Betätigung des Seelsorgers, er sollte aber Dinge von der Genossenschaft fernhalten, die sie nichts angehen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ordnungsstützen. In Neustadt, Oberschlesien, hatte sich der Stadtsteuersekretär Sperling vor der Strafkammer zu verantworten, weil er sich der Urkundenfälschung, Untreue und Unterschlagung von 15 000 Mk. schuldig gemacht hatte. Er erhielt zwei Jahre Gefängnis. Sperling war eine besonders eifrige Ordnungsstütze und spielte in allen patriotischen und Klimbimvereinen eine große Rolle. Besonders die Schützengilde wird ihn noch lange im Gedächtnis behalten; denn diese ist von seinen Betrügereien am stärksten betroffen. Die Untersuchung hat 1½ Jahre gedauert. Sperling ist übrigens auch guter Katholik und Gesellenvereinler. — Vor der Beuthener Strafkammer stand der 56 Jahre alte Rechnungsrat Hentschel, der als Vertreter des Zentralbureaus der Kattowitzer Eisenbahndirektion 6596 Mk. unterschlagen hatte. Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis unter Anrechnung von sieben Monaten Untersuchungshaft. Der Schuhmachermeister Hofmeister in Gramschütz wurde von der Glogauer Strafkammer zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er sich an seiner neunjährigen Tochter mehrere Male unsittlich vergangen hat. Der Wüstling ist bereits mit fünf Jahren Zuchthaus vorbestraft.

Militärjustiz. Vor kurzem wurden 2 Reservisten wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft vom Kriegsgericht zu je drei Wochen strengen Arrestes verurteilt. Die beiden, die eine vierwöchentliche Übung gemacht hatten, hatten sich beim Entlassungsappell geweigert, dem Kompagniechef Hauptmann Suche und dem Leutnant Riemann die Hand zum Abschied zu reichen. Einer der Reservisten, der auf dem Krupp-Grusonwerk beschäftigt gewesen war, wurde, als er sich wieder zum Arbeitsantritt meldete, abgewiesen mit der Bemerkung, daß man solche vaterlandslose Gesellen, die ihren militärischen Vorgesetzten die Hand zum Abschied verweigerten, nicht gebrauchen könne! Mit Leuten, die gegen Kaiser und Reich demonstrierten, wolle man nichts zu tun haben! Woher die Betriebsverwaltung die Kenntnis von dem Vorfall bei dem Entlassungsappell hatte, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Wegen Amtsvergehens verurteilte die Strafkammer in Dortmund den Rechtsanwalt und Notar Link aus Dieburg zu vier Jahren Gefängnis, wovon sechs Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten. Ferner wurde die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von drei Jahren gegen den Angeklagten ausgesprochen.

Vom Arbeitshaus ins Zuchthaus. Das Schwurgericht in Köln verurteilte einen gewissen Becker, der nach seiner Entlassung aus dem Arbeitshaus der Prostituierten Holz die Kehle zu durchschneiden versuchte, zu zwölf Jahren Zuchthaus.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilte die Strafkammer in Darmstadt den 47 Jahre alten Inhaber des Rhein-Main-Korrespondenz-Bureaus, Christian Schuchmann, zu 1½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. S. hatte an einem auf seinem Bureau beschäftigten Mädchen unter 14 Jahren fortgesetzt unsittliche Handlungen vorgenommen. — Vom Strafgericht in Graz (Steiermark) wurde eine in der dortigen Gesellschaft sehr bekannte Persönlichkeit, der 55jährige Oberstleutnant des Ruhestandes Ludwig v. Malowetz, wegen Verbrechens der Schändung, begangen an mehreren unmündigen Mädchen, zu 4 Monaten schwerem Kerker verurteilt.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Hanau hat den Schirmflicker Ebender aus Usenborn, der am 25. August bei Romerz den Gendarmen Schenk erschossen hatte, zum Tode verurteilt.

Der große Landfriedensbruchprozeß in Regensburg gegen die 64 Arbeiter des Eisenwerks „Maxhütte" dehnt sich auf mindestens eine Woche aus. Am dritten und vierten Verhandlungstag wiederholte sich die Tatsache, daß viele Belastungszeugen jetzt total andere Aussagen machen als früher beim Untersuchungsrichter. Wird so ein Belastungszeuge vorgerufen und vernommen, dann stellt er zuerst bestimmte Behauptungen auf. Der Angeklagte bestreitet die Richtigkeit der Aussage, und der Vorsitzende erklärt, der Zeuge habe doch geschworen, folgedessen sei seine Aussage richtig. Die drei Verteidiger sind aber weniger leichtgläubig. Sie gehen der Sache auf den Grund, und nun geben die Zeugen zu, daß sie nichts gesehen, sondern nur gemeint haben. So hat z. B. ein Arbeitswilliger unter Eid die bei einem Landfriedensbruch schwerwiegende Behauptung aufgestellt, ein Angeklagter sei mit einem Mordsprügel (schwerem Knüppel) bewaffnet gewesen, während er nachher zugeben mußte, daß er das nur gemeint, daß er es nicht genau gesehen habe und daß es sehr leicht nur ein Spazierstock gewesen sein kann. Andere Belastungszeugen wiederum bestreiten mit aller Entschiedenheit, das, was im Protokoll des Untersuchungsrichters steht, gesagt zu haben, so daß der Staatsanwalt wiederholt — gewissermaßen als Entschuldigung — konstatieren muß, daß sich die Anklageerhebung in diesem Punkt lediglich auf dieses nun umgestürzte Belastungsmaterial stütze und daß er, der Staatsanwalt, nun gleich erklären wolle, daß er die Anklage gegen diesen und jenen Beschuldigten nicht aufrecht erhalten werde. Die drei Verteidiger, Justizrat Dr. Görtz, Dr. Erlanger und Dr. Neuberger, sind aber damit nicht zufrieden und fragen nach der Ursache dieser immer wiederkehrenden kolossalen Irrtümer bei verschiedenen Belastungszeugen; sie stellten z. B. an einen Arbeitswilligen die Frage: „Wie kommen Sie denn dazu, beim Untersuchungsrichter diese und jene Personen in bestimmter Weise zu beschuldigen, wenn Sie nun doch jetzt erklären, garnichts gesehen zu haben?" Da erfolgte die sensationelle Antwort: „Ja, der Untersuchungsrichter hat mich halt g'schreckt." Was mit diesem Schrecken durch den Untersuchungsrichter gemeint war, hat der Vorsitzende aufzuklären leider unterlassen. Auf jeden Fall ist die Tatsache der Grundverschiedenheit des Protokolls des Untersuchungsrichters mit den heutigen Aussagen vieler Arbeitswilligen-Zeugen ein Skandal, der unbedingt der Aufklärung bedarf! Eine hübsche Charakteristik der Christlichen gab der Vorsitzende. Er sprach einen Zeugen folgendermaßen an: „Sie sind Mitglied des katholischen Arbeitervereins und waren demzufolge Arbeitswilliger?" worauf der Christliche, sich geschmeichelt fühlend, antwortete: „Ja, das stimmt." — Der Staatsanwalt beantragte in seinem Plaidoyer 14 Tage bis 10 Monate, insgesamt 17 Jahre Gefängnis und 14 Freisprechungen. Das Urteil steht noch aus.

Aus Nah und Fern.

Stürme in der Ostsee. Wie an anderer Stelle (Lokales) berichtet, herrschte in der Ostsee in der Nacht zum Donnerstag ein furchtbarer Sturm. Wie aus Fredericksstad gemeldet wird, trieben nach dem Sturme bei Valer eine Menge Schiffstrümmer an Land. Dieselben schienen von einem gestrandeten Dampfer herzurühren. Ein Namenbrett oder Leichen wurden nicht gefunden. Dagegen fand sich an den Luken Roggen und Hafer vor. Man glaubt deshalb, daß das gestrandete Schiff der deutsche Dampfer „Veritas" aus Memel sein muß. Es wird angenommen, daß der Dampfer mit Mann und Maus bei Grisbaaderne untergegangen ist.

Warnung. Zurzeit treibt sich ein gewisser Lewi Zickler, Weber aus Rußland, geb. am 19. Oktober 188[illegible] in Gora, Russisch-Polen, St.-Nr. 373 270, eingetreten angeblich in den Textilarbeiterverband am 21. Dezember 1905 in Lodz umher. Derselbe hat sich in der Filiale Langenbielau des Textilarbeiterverbandes eine Bescheinigung ausstellen lassen und ist auch im Besitz einer auf den gleichen Namen lautenden Legitimation der Filiale Berlin. Diese Legitimation ist gefälscht, wie der Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes mitteilt. Der betreffende Z. hat eine Größe von ungefähr 1,60 Meter, schwarzes Haar und kleinen schwarzen Schnurrbart, trägt einen dunklen Überzieher mit gelblicher Halsbinde. Weiter ist derselbe im Besitze einer Quittung vom Parteisekretariat Essen, worauf vom Genossen Bühler 5 Mk. quittiert sind, und hat auch eine Bescheinigung, worin vermerkt ist, daß Z. Schriftführer der Partei in Rußland gewesen ist. Da der Mann auf die Art und Weise Geld zu ergattern sucht, so ersuchen wir dringend, beim event. Vorsprechen denselben festnehmen zu lassen und den Zentralverband deutscher Textilarbeiter, Sitz Berlin, hiervon in Kenntnis zu setzen. Die Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes in München-Gladbach.

2 Arbeiter überfahren. Der Eilzug der Werrabahn überfuhr, nach einer Meldung aus Eisenach, am Freitag abend zwei Arbeiter. Einer ist tot, der andere wurde lebensgefährlich verletzt.

Bergmannslos. Auf der fiskalischen Zeche Waltrop bei Gladbeck i. W. wurden die Bergleute Sudmann und Pancnitz durch herabfallendes Gestein verschüttet und sofort getötet.

Von der Unglückszeche Radbod. Die Bergwerksgesellschaft Trier teilt mit, daß die Zuführung von Wasser in die Zeche Radbod nunmehr beendet ist. Die Oberfläche des Wassers steht 500 Meter unter Tage, das ist 200 Meter über der obersten Sohle. Auf Anordnung der Bergbehörde sollen die Entleerungsarbeiten erst nach 14 Tagen in Angriff genommen werden; dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß jedes Feuer, das vielleicht auch tief in die Kohlenstöße eingedrungen sein könnte, dann erstickt ist. Die vorzunehmenden Arbeiten sind in einer am 27. November stattgehabten Konferenz nach eingehenden Besprechungen zwischen Kommissaren des Handelsministers, des Ober-Bergamts und der Orts-Bergbehörde mit den Vertretern der Bergwerksgesellschaft Trier festgelegt worden. Wie schnell die Aufräumungsarbeiten vor sich gehen werden, läßt sich noch nicht übersehen.

Über die Entschädigungen für die Hinterbliebenen der auf Radbod verunglückten Bergleute wird folgende offiziöse

Meldung veröffentlicht: Bei dem Unglück auf der Zeche Radbod sind 341 Personen getötet und 27 verletzt, mithin sind 368 Personen von dem Unglück betroffen worden. Das Sektionsverwaltungsbureau der Knappschafts-Berufsgenossenschaft hat die erforderlichen Arbeiten für das Rentenfestsetzungsverfahren unverzüglich aufgenommen und so gefördert daß mit der Auszahlung der Entschädigungen für die Hinterbliebenen durch die zuständigen Postämter am 19. November begonnen werden konnte. Die letzten Zahlungsanweisungen sind, soweit deren Ausfertigungen erfolgen konnten, der kaiserlichen Oberpostdirektion in Dortmund am 22. November, vormittags, eingesandt worden. In 71 Fällen konnte das Sterbegeld, und in 79 Fällen die Hinterbliebenenrente noch nicht angewiesen werden, weil der Wohnort der Hinterbliebenen noch nicht zu ermitteln war. Die Fürsorge für die Ausländer wird stattfinden, wenn die erforderlichen Urkunden durch die betreffenden Konsulate beschafft worden sind, wozu sich diese schon bereit erklärt haben. Die bis jetzt festgesetzten Unfallentschädigungen betragen a) einmalige Ausgaben für 341 Getötete 36 536 28 Mk. Sterbegeld oder im Durchschnitt pro Kopf 107,14 Mk., b) fortlaufende Ausgaben für 232 Witwen und 567 Kindern 184 010,34 Mk. Im Durchschnitt entfallen auf jede Familie rund 800 Mark (genau 793,15 Mk.). Danach erhalten sechs Waisen zusammen eine Jahresrente von 1382,22 Mark. — Die Verhandlungen über Aszendentenansprüche sind, sobald solche bekannt geworden, eingeleitet, haben aber ihren Abschluß noch nicht finden können. Zurzeit befinden sich noch 22 Verletzte im Krankenhause, während 5 inzwischen entlassen werden konnten.

Eine Gas-Explosion ist auf der Zeche „Großherzog von Sachsen" bei Dietlas (Sachsen-Meiningen) erfolgt. Ein Mann wurde getötet. Die Explosion soll durch Sprengschüsse herbeigeführt sein. Ein größeres Unglück ist dadurch vermieden worden, daß die Bergleute zur Abfahrt bereit waren.

Maßregelung eines Geistlichen. Der Kandidat der Freisinnigen Vereinigung im Wahlkreise Prenzlau-Angermünde, Pastor Schmidt aus Massow, ist beim Oberkirchenrat denunziert worden, daß er in seinen Wahlreden Schlagworte ganz gewöhnlicher Art gebraucht haben solle. Der Oberkirchenrat hat deshalb ein Verfahren gegen den freisinnigen Geistlichen eingeleitet.

Im Gerichtssaal getötet. Ein vom Straubinger Schwurgericht wegen Meineids zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilter Bauer hat sich nach der Urteilsverkündigung im Gerichtssaal mit dem Messer einen tödlichen Stich in den Hals beigebracht.

Die Rinderpest ist auf dem St. Petersburger Schlachthof ausgebrochen. 400 Stück Hornvieh mußten vernichtet werden.

Ende einer unglücklichen Ehe. Freitag abend erschoß sich in seinem Geschäftslokal in Frankfurt a. M. der Kaufmann Moritz Brück. Sonnabend nacht hat auch seine Ehefrau ihrem Leben ein Ende gemacht. Sie legte sich ins Bett und öffnete den Gashahn, nachdem sich ihre Schwägerin entfernt hatte. Die Ehe der beiden, die erst seit einigen Monaten bestand, war sehr unglücklich.

Ein Zugführer getötet. Bei der Station Wilferdingen entgleisten die Lokomotive und ein Packwagen eines Güterzuges. Der Zugführer blieb bei dem Unglücke als Leiche auf der Strecke.

Aus Versehen erschossen. Der Gastwirt Münch in Salzbach a. d. Saar hantierte in seinem Lokal mit einem Revolver und erschoß dabei den Direktor einer Damenkapelle Peyer. Münch wurde verhaftet, aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Oberstabsarzt von Neubreisach. Der Zauber der Uniform hat dem Militär wieder einmal einen bösen Streich gespielt. Die Festung Neubreisach i. E. ist der Ort der heiteren Komödie, zu der der Hauptmann von Köpenick jedenfalls das Vorbild gab. Dort erschien eines Tages ein Mann, der sich als Oberstabsarzt v. Mertens aus Karlsruhe ausgab. Er inspizierte das Lazarett, verkehrte im Offizierskasino, machte mit den Offizieren kleine Ausflüge und pumpte einen Zivilarzt um 30 Mk. an. Dann ging er nach Colmar, bestellte hier ein halbes Dutzend Anzüge und machte in einer Drogerie erhebliche Einkäufe für das Lazarett in Neubreisach. Schließlich wurde der Oberstabsarzt entlarvt als ein — umherziehender Bäckerbursche.

Eine Affäre Steinheil hält die Pariser lebhaft in Spannung. Wie jetzt berichtet wird, ist gegen Frau Steinheil Anklage wegen Mordes an ihrem Gatten erhoben worden. Der verhaftete Wolf ist, nachdem die Durchsuchung seiner Wohnung keinerlei belastendes Material zutage gefördert hat, endgültig aus der Haft entlassen worden. Die Tochter der Frau Steinheil hat ihre Mutter auf den Knien beschworen, alles zu gestehen. — Das „B. T." gibt eine Darstellung über die Entwicklung der sensationellen Affäre, der wir folgendes entnehmen: In der Nacht zum 30. Mai wurden in ihrem einsam zwischen Gärten gelegenen Hause in dem „Impasse" (der Sackgasse Ronsin, nahe der Rue Vaugirard auf dem linken, stilleren Seineufer), der Maler Adolphe Steinheil und seine Schwiegermutter, Frau Japy ermordet. Ein junger Diener, namens Remy Couillard, der um 6 Uhr morgens die Zimmer betrat, fand Frau Steinheil röchelnd, mit Bindfaden am Pfosten ihres Bettes festgebunden, unfähig, zu sprechen. Nachbarn, die auf die Hilferufe herbeigeeilt waren, fanden die Leichen des Malers Steinheil und der Frau Japy. Der Maler und seine Schwiegermutter waren mit dünnen Stricken erwürgt worden. Die Schränke waren erbrochen und ausgeraubt. Hatten die Mörder es nur auf den Raub abgesehen, so mußte es zweifelhaft erscheinen, daß sie zum Hauspersonal gehörten, denn sie hätten dann eine andere Nacht zur Verübung ihrer Tat gewählt. Herr und Frau Steinheil wollten am nächsten Tage nach ihrem Landhause in Bellevue, zwischen Paris und Saint-Cloud, übersiedeln, wo ihre 16jährige Tochter bereits weilte, und Diebe, die mit den häuslichen Vorgängen vertraut waren, hätten vermutlich noch die 24 Stunden gewartet. Frau Steinheil gab an, daß drei Männer und eine rothaarige Frau nachts in ihr Zimmer gedrungen wären, sie gefesselt und dann das Verbrechen verübt hatten. Die Polizei suchte in allen Winkeln von Paris und besonders dort, wo die Modelle zu verkehren pflegen, nach diesen vier Personen, ging den verschiedensten Spuren nach und fand nichts. Frau Steinheil, fortwährend in Tränen aufgelöst und tragisch wie eine Niobe, empfing zahllose Reporter, denen sie ihre körperlichen und geistigen Qualen schilderte, und schwur siebenmal täglich, die Ermordeten zu rächen. In all diesen dramatischen Szenen stand ihr ihre Tochter zur Seite, die mit einem jungen Mann aus guter Familie verlobt war, und gewöhnlich erzählten dann die Reporter, wie eine alte treue Dienerin, die Köchin Mariette Wolf, den beiden weinenden Damen ihre rührende Sorgfalt spendete. Das Publikum war ein wenig voreingenommen, weil es die Vorgeschichte der Frau Steinheil kannte: denn jeder Mensch in Paris wußte, daß Frau Steinheil die Geliebte Felix Faures gewesen, daß sie den Präsidenten überredet, sich von ihrem künstlerisch unbedeutenden Gatten portraitieren zu lassen, und daß der allzu lebenslustige Felix Faure während eines Stelldicheins mit ihr, im Gartenpavillon des Elyséepalastes, jählings am Herzschlag gestorben war. Während der Sommermonate schlief die Affäre Steinheil ein. Plötzlich, vor ungefähr sechs Wochen, fühlte die Dame — man begreift nicht recht warum — das Bedürfnis, die Aufmerksamkeit wieder stärker auf sich zu lenken, und sie trat nun, um ihren Gatten und ihre Mutter zu rächen, mit ganz bestimmten Anschuldigungen hervor. Sie beschuldigte zuerst einen harmlosen amerikanischen Journalisten namens Burlingham und dann drei Mitglieder eines jüdischen Theaters, die nicht weniger harmlos waren. Dann, vor wenig Tagen denunzierte sie plötzlich den jungen Diener Remy Couillard. In dieser ganzen Affäre haben Pariser Journalisten eine sehr große und beherrschende Rolle gespielt: ein junger Redakteur des „Paris-Nouvelles", namens Dubot, hatte die „Spur Couillard" verfolgt und bei der ersten Durchforschung der Brieftasche Couillards mit geholfen, ein anderer Journalist, Barby, vom „Matin", wohnte jetzt als Zeuge der zweiten Forschungsszene bei, und schließlich wurde die Brieftasche auf die Redaktion des „Matin" getragen, wo der Redakteur de La Bruyere sie noch einmal mit einigen Kollegen musterte und dabei, in frisches weißes Papier eingewickelt, die aus einem Ringe der Frau Steinheil herausgebrochene Perle fand. Remy Couillard beteuerte seine Unschuld. Dann folgte die weitere Entwicklung: man konstatierte, besonders durch die Aussage des Journalisten Dubot, daß die Perle bei der ersten Durchsuchung noch nicht in der Brieftasche gelegen, und der Juwelier meldete sich, der im Auftrage der Frau Steinheil die Perle aus dem Ring herausgebrochen. In der Nacht weilten wieder zwei Journalisten, Marcel Hutin vom „Echo de Paris", und de la Bruyere vom „Matin", bei Frau Steinheil, und diesen beiden gelang es, die Dame zum „Geständnis" zu bewegen. Sie gab zu, daß sie den Mörder kenne, der kein anderer als der Sohn der treuen Mariette, Alexandre Wolf, wäre, und sie erklärte, daß sie ihren Mann nicht geliebt habe und einen Liebhaber besitze. Um sich von diesem Liebhaber zu „reinigen", will sie die Affäre wieder belebt und den „wahren Sachverhalt" verheimlicht haben. Couillard und Wolf wurden jedoch wieder aus der Haft entlassen, da sie absolut unverdächtig sind, und dafür Frau Steinheil verhaftet.

Der verhängnisvolle Lotteriegewinn. Aus Rom schreibt man der „K. Z.": Glück im Spiel ist schon nach einem alten deutschen Sprichwort keine Bürgschaft dafür, daß man in allen Dingen von der flatterhaften Göttin begünstigt wird; das Glück in der Liebe z. B. soll erfahrungsgemäß mit jenem unvereinbar sein. Das erlebte in der vorigen Woche auch die Dienstmagd Rosa Tironi, die in der Trauer um einen früh verstorbenen Bräutigam eine alte Jungfer geworden ist und bei ihren 50 Jahren keine andere Befriedigung mehr im Dasein fand, als die Küche der Herrschaft nach ihrem eigenen Geschmack zu leiten und ab und zu eine kleine Betrügerei zu verüben, wofür sie wiederholt Verurteilungen erlitt. Von Glück konnte Rosa also bis dahin nicht viel erzählen. Während sie nun zuletzt in Turin bei einem Advokaten in Dienst stand, erinnerte ein Traum sie wieder an ihr verlorenes Liebesglück; es erschien ihr der tote Bräutigam und riet ihr dringend an, im dortigen Lotto fünf Nummern zu spielen, die er ihr ausdrücklich bezeichnete. Rosa merkte sie sich genau und setzte am anderen Tag, soviel sie gerade erübrigen konnte, auf diese Traumnummern. Da sie beiläufig auch für ihre Herrschaft ein Herz hatte, so empfahl sie der Hausfrau ein gleiches zu tun, und diese folgte dem Rat, wenn auch nur mit einem Einsatz von wenigen Soldi, da sie nicht soviel zurückgelegt hatte, wie ihre Donna. Am Sonnabend kamen bei der wöchentlichen Lottoziehung alle fünf Nummern heraus und Rosa gewann auf einen Schlag 360 000 Lire, ihre Herrin 30 000. Nun war die alte Magd nicht nur eine Kapitalistin, sondern auch eine berühmte Frau, denn alle Zeitungen Italiens nannten ihren Namen und erzählten ihre Lebensgeschichte, sogar die Psychologen wie Lombroso u. a. beschäftigten sich mit ihr und suchten zu erklären, wie sie die Nummern im Traum habe voraussehen können. Rosa Tironi stand auf einmal im Mittelpunkt des öffentlichen und sogar des sogenannten wissenschaftlichen Interesses. Aber das war ihr Unglück, denn auch Polizisten und Gerichtspersonen lesen Zeitungen; und diese erfuhren nun, wohin die wegen verschiedener Vergehen seit Jahren gesuchte Rosa Tironi geraten war. So erschien unter den vielen Gratulanten und Bettlern bei der reich gewordenen Dienstmagd auch die Polizei, nahm sie unerbittlich mit und steckte sie hinter eiserne Vorhänge, bis ihre Rechnung mit der Justiz beglichen ist. Erst wenn dies alles geordnet sein wird, kann Rosa in den ungestörten Genuß ihres Reichtums eintreten.

100 Personen ertrunken. Aus Manila wird unter dem 28. November gemeldet: Der Küstendampfer „Ponting", mit Reisarbeitern an Bord, ist in der vergangenen Nacht gestrandet. Man glaubt, daß mehr als 100 Mann der Passagiere und Besatzung ertrunken sind.

Ein schweres Grubenunglück in Pennsylvanien. In Marianna (Pennsylvania) sind 250 Bergleute infolge einer Grubenexplosion im Bergwerk eingeschlossen. Man befürchtet, daß sie erstickt sind, da die Grube, die der Pittsburg Buffalo Kohlenbergwerksgesellschaft gehört, infolge der Explosion in Brand geriet. — Die Explosion war außerordentlich heftig. Den beiden Schächten entsteigen dicke Rauchwolken. Man befürchtet, daß sämtliche in der Mine eingeschlossenen Bergleute, deren Zahl jetzt auf 275 geschätzt wird, entweder durch die Explosion in Stücke gerissen oder erstickt und verbrannt sind. Es ist unmöglich, in die Miene einzudringen, vor der sich herzzerreißende Szenen abspielen. Infolge der Explosion wurde das Ventilationshaus zum Teil zerstört und die Ventilatoren wurden für mehr als eine Stunde außer Betrieb gesetzt. Ein Förderkorb, mit dem zwei Bergleute zur Arbeit fuhren wurde in einer Tiefe von 300 Fuß samt seinen Insassen in Stücke gerissen.

Literarisches.

Das persönliche Regiment vor dem Deutschen Reichstage. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen im Deutschen Reichstage am 10. und 11. November 1908. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 25 Pfg. Die Veröffentlichung des Kaiser-Interview im „Daily Telegraph" hatte große Erregung hervorgerufen, weil sie mit erschreckender Deutlichkeit zeigte, welche Gefahren für die Völker mit dem persönlichen Regiment verknüpft sind. Diese Erregung fand ihren Niederschlag in den Interpellationen, welche die verschiedenen Parteien im Reichstage einbrachten. Die Broschüre enthält die Verhandlungen über diese Interpellationen, bei denen die Genossen Singer und Heine den Standpunkt der Sozialdemokratie vertraten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder"**. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.